

ZUKUNFT

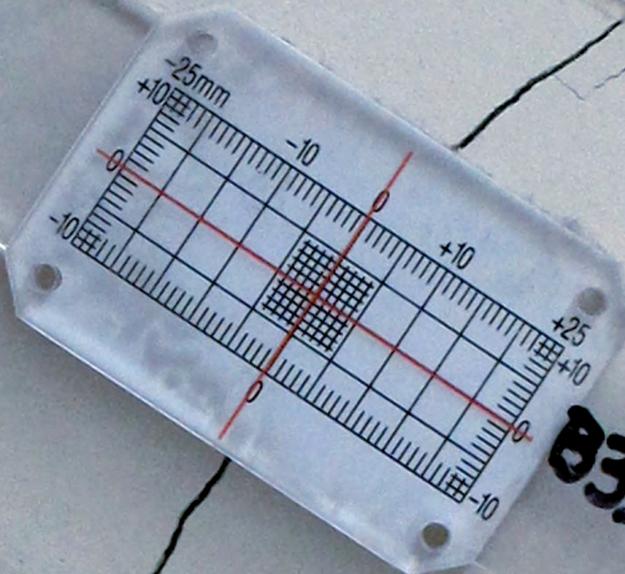
DIE DISKUSSIONSZEITSCHRIFT FÜR POLITIK, GESELLSCHAFT UND KULTUR

Krieg in den Städten
Bernhard Heinzmaier

**Vom Verlust
sozialdemokratischer Identität**
Michael Amon

**Gleichheit bedarf
keiner Begründung**
Barbara Blaha

**Das Ziel kennen
und den Weg finden**
Andreas Mailath-Pokorny



033/4

LA BIENNALE
DI VENEZIA

EDITORIAL

Griechenlands Ministerpräsident Papandreou musste abtreten, weil er in Ermangelung einer parlamentarischen Mehrheit das Volk über die drakonischen Sparmaßnahmen abstimmen lassen wollte, die Europa ohne Rücksicht auf Konjunktur und soziale Lage von Griechenland verlangt. Seine Ankündigung einer Volksbefragung sei »verantwortungslos« gewesen, zumal er vorab Angela Merkel und Nicolas Sarkozy nicht um Erlaubnis gefragt hatte. Welch ein Glück, dass es die übrigen europäischen Staats- und Regierungschefs an Verantwortungsbewusstsein nicht mangeln lassen. In den EU-Staaten sollen, ohne das Volk auch nur über die Bedeutung dieses Schritts zu informieren, »Schuldenbremsen« implementiert werden. Die lapidare Begründung: Die Finanzmärkte würden dies erwarten, um weiter »Vertrauen« haben zu können. Knapp drei Jahre nach der Eskalation der Finanzmarktkrise, die die schwerste Rezession seit 1929 auslöste und nur durch umfassende (kreditfinanzierte) staatliche Hilfsmaßnahmen aufgefangen werden konnte, richten Europas Staaten ihre Verfassungen nach den Vertrauensbedürfnissen der Finanzmärkte aus, die sie gerade erst um teures Geld vor der Selbstzerstörung retten mussten. Die Selbstverständlichkeit mit der das akzeptiert wird, Papandreou aber wegen des Plans einer Volksbefragung davongejagt wurde, stellt dem Zustand unserer Demokratie kein gutes Zeugnis aus

Welche Folgen wachsende sozialer Spannungen haben können, wurde unter anderem bei den **Ausschreitungen** dieses Sommers in **Großbritanniens Vorstädten** sichtbar. Im einleitenden Beitrag dieses Heftes befasst sich der Jugendforscher **Bernhard Heinzlmaier** mit den Hintergründen und der Verantwortung für den Ausbruch der Gewalt.

Michael Amon setzt sich in seinem Essay kritisch mit **der fehlenden Eindeutigkeit sozialdemokratischer Politik** auseinander und zeigt auf, dass die Entwicklung kohärenter Identitäten eine politische Notwendigkeit ist.

In seiner Kolumne **Fragen über Fragen** steht für **Caspar Einem** auch die **Euro-Krise** im Mittelpunkt.

Der Schwerpunkt dieses Heftes widmet sich diesmal ausgewählten Beiträgen des von 27.10. bis 30.10.2011 zum vierten Mal veranstalteten Kongresses **Momentum 2011** – Gleichheit:

Einleitend dokumentieren wir die Eröffnungsrede von **Barbara Blaha**, die sich der praktischen **Bedeutung des Gleichheitsbegriffs** für aktuelle Politik widmet.

Beat Weber analysiert in seinem Beitrag die **Rolle sozialdemokratischer Parteien beim Umgang mit der Finanzmarktkrise** in Europa.

Die **wirtschaftlichen und sozialen Implikationen** ökologischer Fragen, wie sie durch die **Katastrophe von Fukushima** aufgeworfen wurden, stehen im Zentrum des Beitrags von **Ruben Mörth**.

BSA-Präsident **Andreas Mailath-Pokorny** stellt das **Bildungsmanifest des BSA** vor, das von den VertreterInnen der BSA-Fachgruppen entworfen und in zahlreichen Diskussionen mit ExpertInnen, Mitgliedern und FunktionärInnen weiterentwickelt wurde.

Nach den weiteren **Buchtipps** für November beschäftigt sich **Helene Schuberth** schließlich in ihrem **Schlusswort** mit dem Vorschlag der EU-Kommission für eine **Finanztransaktionssteuer**.

Wir wünschen gute Unterhaltung beim Lesen und Schauen!

Inhalt



LA BIENNALE DI VENEZIA FOTO: GÁBOR BÉKÉSI

6 Krieg in den Städten

VON BERNHARD HEINZLMAIER

10 LA BIENNALE DI VENEZIA

12 Vom Verlust sozialdemokratischer Identität

VON MICHAEL AMON

17 LA BIENNALE DI VENEZIA

18 Vielleicht sind Zwetschkenkerne besser

FRAGEN ÜBER FRAGEN VON CASPAR EINEM

20 LA BIENNALE DI VENEZIA

22 Gleichheit bedarf keiner Begründung

VON BARBARA BLAHA

26 EU-Krisenpolitik und die Rolle der Sozialdemokratie

VON BEAT WEBER

33 LA BIENNALE DI VENEZIA

34 Falsche Schlussfolgerungen aus der Katastrophe von Fukushima

VON RUBEN MÖRTH

40 Das Ziel kennen und den Weg finden

VON ANDREAS MAILATH-POKORNY

48 Buchtipps

Sachliches & Belletristisches

50 Finanztransaktionssteuer – ein steiniger Weg

SCHLUSSWORT VON HELENE SCHUBERTH

Krieg in den Städten

Die Bilder der Ausschreitungen in Großbritanniens Vorstädten gingen im Sommer 2011 um die ganze Welt. Während die britische Regierung mit einem Anfang November vorgestellten sogenannten »Masterplan« in erster Linie strafrechtliche Sanktionen verschärft, geht der Jugendforscher Bernhard Heinzlmaier einer grundlegenden Frage nach: Was treibt die Ghetto-Kids zur Gewalt und wer trägt die Verantwortung dafür?

Wir leben in einer Kultur, in der das Sichtbare, alles das, was in Bildern darstellbar ist und dargestellt wird, das Zeitgeschehen und die Reflexion darüber dominiert. Diese Dominanz des Bildes lässt uns manchmal vergessen, dass Bild nicht gleich Realität ist, dass die Bilder von der Wirklichkeit diese zumindest verfremden, wenn sie ihr nicht gar diametral entgegengesetzt sind.

Schon in den 70er Jahren des 20. Jahrhunderts, als der gesellschaftliche Alltag nicht dermaßen mit »Screens« und den permanent auf ihnen flimmernden Bildern durchsetzt war, merkte der österreichische Philosoph Günther Anders kritisch an, dass die Bilder von der Welt sich nach und nach vor die wirkliche Welt schieben und uns am authentischen Wahrnehmen sozialer und kultureller Sachverhalte zu hindern drohen. (vgl. Anders 1980)

Die Befürchtungen Günther Anders sind heute zur alles umfassenden Realität geworden. Mehr denn je beherrschen mediale Bilder unsere Wahrnehmung und mehr denn je sind wir den Manipulationen von Medienunternehmen und Medienberatern ausgesetzt, die mit gezielten Interventionen der Flut von Bildern und Botschaften den richtigen »Spin« zu geben versuchen, damit sie die dem Auftraggeber- oder Absenderinteresse gemäße Wirkung entfalten.

GEWALT BRINGT QUOTE

Ein besonders beliebtes Sujet der Bildmedien sind Gewaltereignisse. Gewaltereignisse sind gerade in einer Gesellschaft besonders quotenwirksam, in der Gewalt immer stärker tabu-

isiert wird, die immer gewaltsensibler, gleichzeitig aber immer bessener von medialen Gewaltdarstellungen und der Diskussion darüber geworden ist.

Gewalt ist heute auch in den Informationssendungen omnipräsent. Skandalisierende und dramatisierende Berichte werden besonders von Privat-TV-Stationen in Umlauf gebracht. Ohne Rücksicht auf die gesellschaftlichen Folgen wird von kommerziellen Betreibern alles in einer Form gesendet, die wirtschaftlichen und Quotenprofit erwarten lässt. Und die Medienmanager der Privaten machen sich nicht einmal mehr die Mühe zu verschleiern, dass es ihnen nur mehr um Geld und Quote und nicht mehr um Sachlichkeit und Gegenstandsadäquatheit geht. Wie Horkheimer und Adorno schon im Jahr 1944 festgestellt haben, verwenden diese Medienunternehmen die Wahrheit, dass sie nichts als Geschäft sind, als Ideologie, »um den Schund zu legitimieren, den sie vorsätzlich herstellen«. (vgl. Horkheimer/Adorno 2010:129)

SUBJEKTIVE UND STRUKTURELLE GEWALT

Die immer wieder in europäischen Großstädten aufflammende Gewalt ist kein neues Phänomen. Schon in den 1990er Jahren thematisierten Farin/Seidel-Pielen in ihrer Monographie »Krieg in den Städten« die soziokulturellen Widersprüche der mitteleuropäischen Urbanität und die durch sie ständig präsente Gefahr des Ausbrechens von Unruhen und Aufständen und brachten praktische Beispiele. (Farin/Seidel-Pielen 1991) Auch das erste Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts ist von urbaner Gewalt geprägt. Hervorstechend die Aufstände in den Pariser Vorstädten im Herbst 2005, die Slavoj Žižek in sei-

nem Buch »Gewalt« thematisiert. (vgl. Zizek 2011) Um diese Gewaltphänomene erklärbar zu machen, weist Zizek auf die Notwendigkeit hin, Gewalt in ihrer Vielgestaltigkeit wahrzunehmen. Ignoriert man sie, dann läuft man Gefahr, den bildvermittelten Einflüssen des sichtbarsten Teils der Gewalt, der subjektiven Gewalt, zu erliegen. Zizek formuliert: »Der überwältigende Schrecken der Gewaltakte und das Mitgefühl, das man für die Opfer hegt, verführen uns unweigerlich dazu, das Denken einzustellen.« (Zizek, 2011)

Um der manipulativen Bildmacht des sichtbaren Teils der Gewalt nicht zu unterliegen, verweist Zizek auf die Notwendigkeit, objektive Aspekte der Gewalt in die Analyse von Gewaltereignissen einzubeziehen. Im Zentrum dabei die »strukturelle Gewalt«, die »die katastrophalen Konsequenzen des reibungslosen Funktionierens unseres ökonomischen Systems« repräsentiert. (Zizek, 2011)

Wir können davon ausgehen, dass in der Regel Gewalttäter selbst Opfer von Gewalt sind. Die Akteure der Unruhen in Paris 2005 und der in London 2011 müssen also auch als Opfer struktureller und kultureller Gewalt gesehen werden, die unter Ungleichheits- und Ungerechtigkeitsereignissen, unter Diskriminierung, Stigmatisierung und Exklusion zu leiden hatten. Wir haben es also nicht, wie in sensationslüsternen Quoten- und Reichweitenmedien beschrieben, mit rücksichtslosen, gewissenlosen und amoralischen Extremisten zu tun, sondern mit den Opfern einer neoliberalen Ökonomie, denen sowohl die materiellen, sozialen als auch kulturellen Lebensgrundlagen entzogen wurden, Menschen ohne individuelle Zukunftsperspektive und ohne Hoffnung auf gesellschaftliche Achtung und Anerkennung.

Nicht randalierende Egoisten, die aus Lust am Gewaltexzess plündern und brandschatzen, sind hier am Werk, sondern Opfer des »solipsistischen spekulativen Tanzes des Kapitals (...), der seine Profitziele mit gesegnetem Gleichmut verfolgt und sich keinen Deut darum kümmert, wie sein Fortschrei-

ten die gesellschaftliche Wirklichkeit beeinträchtigt.« (Zizek 2011:19)

UNPOLITISCHE DEMONSTRATION VON UNMUT

Für Hartmut M. Giese ist Gewalt eine Art Seismograph für wachsende soziale Ungleichheit, Ungerechtigkeit und den Verlust an sozialen Bindungskraften. (vgl. Giese 2007:163f) Die Unruhen und Aufstände treten also dort auf, wo die neoliberale Ökonomisierung des Sozialen (vgl. Heitmeyer 2007) das Leben von Randgruppen in sozialer und kultureller Hinsicht dermaßen einschränkt, dass Regelverletzungen und Normenbrüche für diese zur emotionalen Notwendigkeit werden. Die Beteiligung am Gewaltexzess ist ein emotionaler Ausgleich für die täglich erlittene Ausgrenzung und Missachtung und sie gibt den Akteuren zumindest das vorübergehende Gefühl, auf die sie umgebende gesellschaftliche Wirklichkeit Einfluss ausüben zu können und Macht zu haben. Der Aufstand in den Ghettos ist auch als vorübergehende Selbstermächtigung der Machtlosesten unserer Gesellschaften zu sehen.

Was diese Revolten eher nicht sind, sind im traditionellen Sinn politische Statements. Vielmehr sind sie spontane Äußerungen von Unmut und Unzufriedenheit. Denn die sozialen Randgruppen in den europäischen Metropolen sind der Politik zu sehr entfremdet worden, um noch im traditionellen Sinne politisch handeln zu können. Sie finden in einer postpolitischen Gesellschaft, in der an die Stelle einer lebendigen, agonistischen Diskussion zwischen gegnerischen Parteien ein uninteressanter, undynamischer, träger Konsens der Mitte getreten ist, kein politisches Weltbild und keine politische Kraft mehr, mit Hilfe derer sie ihre Interessen glauben vertreten zu können. In diese Leerstelle könnten in Zukunft noch stärker als heute rechtspopulistische Kräfte eintreten, die zwar auch nicht mehr zu bieten haben als ein bis zur Lächerlichkeit aufgeblasenes ideologieloses populistisches Medientheater, die ihre Rolle aber zumindest distinkt und mit Leidenschaft spielen. (vgl. Mouffe 2007:87)

Vor allem von konservativen KommentatorInnen wird angesichts von gewalttätigen Revolten gerne das Thema des Werteverlustes angesprochen. Dabei wird der Vorwurf erhoben, dass es in unserer individualisierten und wertpluralen Gesellschaft nicht mehr gelingen würde, zentrale und für alle gültige Werte des menschlichen Zusammenlebens zu vermitteln. Jeder tue nur mehr, was er persönlich wolle, die Empathie für das gemeinschaftliche Ganze sei verloren gegangen, und Schuld daran trage die mangelhafte Werteerziehung in Elternhaus und Schule. Damit wird das Gewaltproblem zu einem Erziehungsproblem gemacht und auch die Schuldigen für Werteverlust und Gewaltexzesse sind schnell gefunden.

NEGATIVE VORBILDER

Wie schön, wenn die Welt so einfach ist. In diesem Zusammenhang bringt Hartmut M. GRIESE einen Gedanken ins Spiel, der die in diesem Punkt häufig einmütige Meinung der konsensualen Mitte subversiv herausfordert: Immer wenn Gesellschaft und Politik versagen, erfolgt der Ruf nach Pädagogik und Erziehung. (vgl. GRIESE 2007:156)

Diese Aussage tut weh, scheint aber wahr zu sein. Ganz abgesehen davon, ob Werte in einer dem zweckrationalen Ökonomismus huldigenden Gesellschaft überhaupt noch Relevanz für das Handeln der Menschen haben können, stellt sich doch die Frage, wo in Politik und Zivilgesellschaft, von einigen wenigen Ausnahmen einmal abgesehen, die moralischen Persönlichkeiten sind, deren Handeln als Vorbild für junge und ältere BürgerInnen positiv wirksam sein könnte?

Ist nicht im Gegenteil eine ansteigende Flut von negativen Vorbildern zu beobachten, die politische Ämter für den eigenen Vorteil mißbrauchen, in wirtschaftlichen Führungspositionen Korruption praktizieren und selbst in kirchlichen Ämtern ein Sexualverhalten an den Tag legen, das weit von dem liegt, das sie in Sonntagspredigten der ihnen anvertrauten Herde der Gläubigen anempfehlen. Wie kann eine solche von Doppelmoral und egozentrischem Eigennutz getriebene

»Elite« den Ausgegrenzten und Perspektivlosen mangelnde Moral und fehlenden Respekt vor dem Eigentum der anderen vorwerfen? Und welche moralische Kompetenz befähigt sie, sich an die Spitze einer pädagogischen Bewegung für mehr Ehrlichkeit, Aufrichtigkeit und Gesetzestreue zu stellen?

GHETTO-KIDS UND FINANZKAPITAL?

Was wir heute sehen, ist, dass die Ghetto-Kids nach der selben Moral und den selben Werten funktionieren und agieren wie das Finanzkapital. Unterschiedlich sind nur die Mittel, derer sich die beiden Gruppen bedienen. Während die Broker ihre Verbrechen stilvoll und zurückhaltend mit Anzug und Krawatte am Computer begehen, schmeißen die Ghetto-Kids Schaufenster ein und klauen und plündern fremdes Eigentum. Aber gibt es dem Wesen nach einen Unterschied zwischen beiden Verbrechen?

Liegt die Differenz nicht allemal nur in der Form der Ausführung? Und hat Slavoj ŽIŽEK nicht recht, wenn er darauf hinweist, dass der überwältigende Schrecken der subjektiven Gewaltakte uns dazu verführt, das Denken einzustellen und wir damit die Fähigkeit verlieren, die Wesensidentität im Handeln der beiden unterschiedlichen Gruppen zu übersehen?

Sollte es uns gelingen, uns der manipulativen Kraft der Bilder der Gewalt und ihrer gezielten medialen Platzierung zu entziehen, dann werden wir bemerken, dass korrupte PolitikerInnen, betrügerische FinanzspekulantInnen und brandschatzende und plündernde Jugendliche sich dem Wesen ihres Handelns nach kaum unterscheiden. Allen ist gemein, dass sie den Gesetzen einer Winner-Loser-Kultur folgend nicht viel mehr wollen als Macht ausüben, Aufmerksamkeit und Akzeptanz erreichen und sich einen materiellen Vorteil sichern.

Und da die Wahrscheinlichkeit größer ist, dass sich die unteren Sozialschichten an den oberen orientieren als umgekehrt, sind es am Ende des Tages die Eliten selbst, deren unmoralisches Sein und Handeln das Vorbild für das Agieren

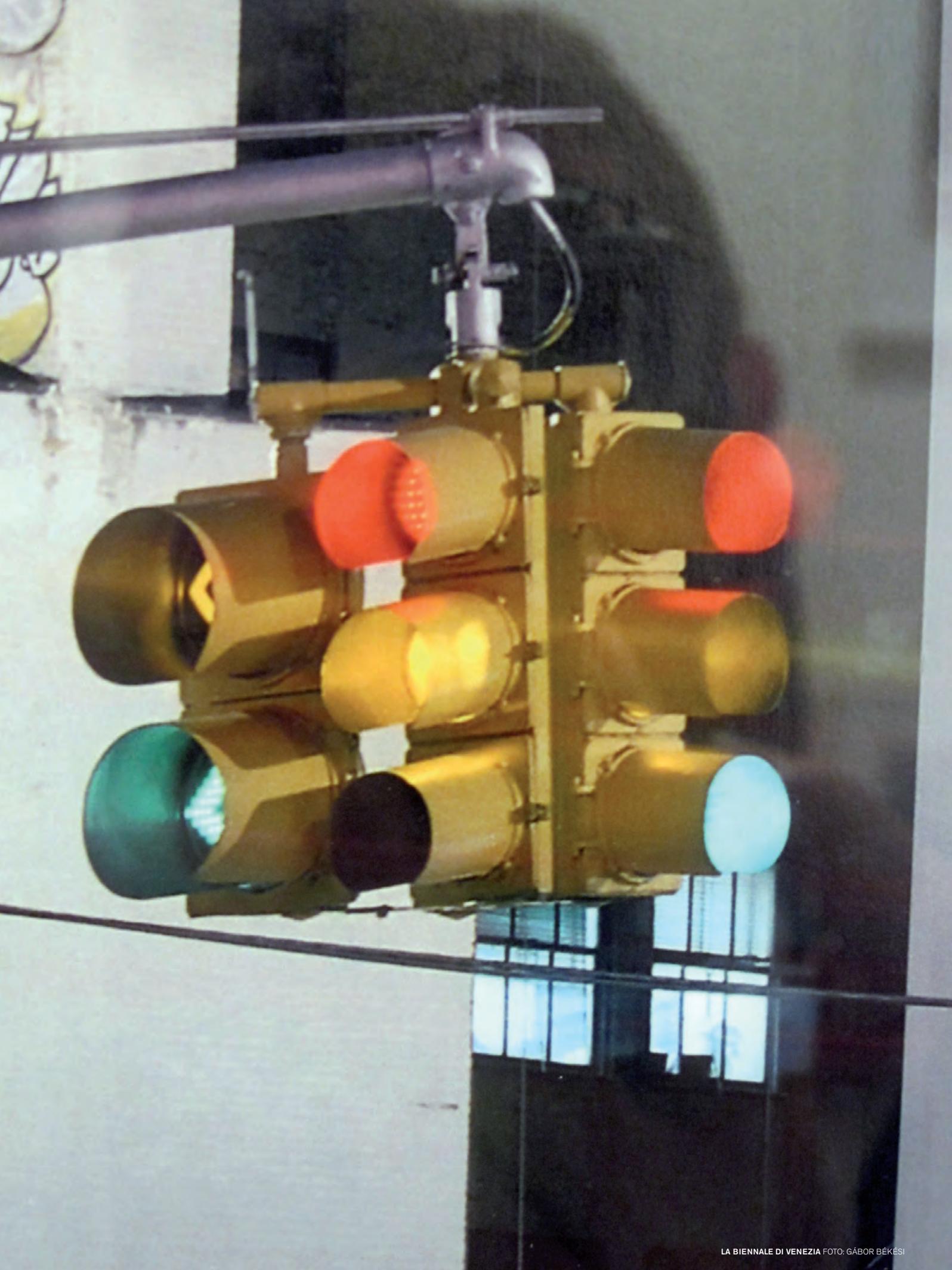
der Ghetto-Kids abgibt und die damit für das unmoralische Handeln im Ghetto die moralische Verantwortung übernehmen müssen. 

BERNHARD HEINZLMAIER

ist Mitbegründer und seit 2003 ehrenamtlicher Vorsitzender des Instituts für Jugendkulturforschung. Hauptberuflich leitet er die tfactory-Trendagentur in Hamburg.

Literatur:

Anders, Günther: Die Antiquiertheit des Menschen, Wien 1980 | **Farin, Klaus; Seidel-Pielen, Eberhard:** Krieg in den Städten. Jugendgang in Deutschland, Berlin 1991 | **Griese, Hartmut:** Jugendsoziologie. Aktuelle Jugendforschung und klassische Jugendtheorie, Berlin 2007 | **Heitmeyer, Wilhelm:** Deutsche Zustände, Frankfurt am Main 2007 | **Horkheimer, Adorno:** Dialektik der Aufklärung. Philosophische Fragmente. Frankfurt am Main 2010 | **Mouffe, Chantal:** Über das Politische. Wider die kosmopolitische Illusion. Frankfurt am Main 2007 | **Zizek, Slavoj:** Gewalt. Sechs abseitige Reflexionen. Hamburg 2011





FABRIZIO FERRINI - ROBERTO FERRINI

Vom Verlust sozialdemokratischer Identität

In seinem kritischen Essay plädiert der Autor Michael Amon für mehr Eindeutigkeit sozialdemokratischer Politik – und fordert mehr Kohärenz zwischen programmatischem Anspruch, persönlicher Identität und politischem Handeln.

Es scheint das Schicksal der Sozialdemokratie zu sein, alle paar Jahrzehnte ihre Unschuld zu verlieren. Im 20. Jahrhundert ist dies zwei Mal geschehen: bei der Zustimmung zu den Kriegskrediten 1914 und beim Versuch, auf dem dritten oder einem sonstigen Weg den neoliberalen Dogmen hinterherzustoßeln (in klarster Form dargelegt im berühmten Schröder-Blair-Papier von 1999). Erstaunlich dabei: beide Male wurden Basis und Führung vom Zeitgeist mitgerissen (oder ließen sich mitreißen, wer kann das schon auseinanderhalten!). 1914 war es die schiere Kriegsbegeisterung breiter Schichten auch der Arbeiterschaft, welche die Bewegung ins Unglück trieb. Die Aussage, dass der Proletarier kein Heimatland habe, entpuppte sich in einer Zeit des an allen Ecken wuchernden Nationalismus nicht als Aussage über die Realität, sondern lediglich als Hoffungs-schimmer, mehr Postulat denn reale Haltung.

Nicht viel besser erging es dem Anspruch auf Gleichheit, Gerechtigkeit oder gar Solidarität unter dem Ansturm der von den Neoliberalen ausgerufenen Globalisierung. Obgleich die Globalisierung – wir erfahren es gerade – keineswegs ein Naturgesetz, sondern bloß Chimäre ist: »Tand, Tand ist das Gebild(e) von Menschenhand« (Die Brück' am Tay, Theodor Fontane). Alle sehen das Unheil kommen, und trotzdem lässt man im hochmütigen Glauben an die Segnungen des Fortschritts mitten in einem Orkan den Zug über die sturmumtoste, wackelige Brücke fahren. Auch vor den Dogmen des Neoliberalismus wurde ausführlich gewarnt, vergeblich, der vermeintliche Fortschritt, dem man sich nicht entgegenstellen kann, riss alle mit, auch die Sozialdemokratie und ihre Wählerschaft. Unvergesslich ein Erlebnis so um 2000 herum. Unter dem Waschbecken lag der Installateur, um einen undich-

ten Teil der Ableitung auszuwechseln, hämmerte, schraubte, dann streckte der Facharbeiter mit Gesellenprüfung seinen Kopf unter dem Waschtisch hervor und fragte mich: »Was halten Sie von AUA-Aktien?« Es war jener Moment, da ich das erste Mal wirklich begriff, was die Begriffe »Gehirnwäsche« und »Spekulationsblase« tatsächlich bedeuten.

Tony Judt spricht in seinem letzten Werk (seinem Testament, wenn man so will), davon, dass die Sozialdemokratie vom Weg abgekommen ist. Ziemlich weit sogar, möchte man hinzufügen. Es mag klug gewesen sein, in den 1950er und 1960er Jahren die Einigung Europas über wirtschaftliche Interessen voranzutreiben. Der Primat der Ökonomie sollte zukünftiges Morden auf europäischem Boden verhindern (zu kurz kam dabei immer schon die kulturelle Idee »Europa«). Dieser anfangs vielleicht dienliche Pragmatismus hat letzten Endes der europäischen Idee geschadet und das Ende des sozialdemokratischen Jahrhunderts eingeläutet (oder besiegelt, das ist eine Frage der Betrachtungsweise).

BÜROKRATENTUM

Der Pragmatismus sank herab zu phantasielosem Bürokraten-tum. Schon die Namen der Verträge sprechen Bände: Vertrag zur Einsetzung eines gemeinsamen Rates und einer gemeinsamen Kommission der Europäischen Gemeinschaften (EUFusionsvertrag 1965), Einheitliche Europäische Akte (1986). Danach wurden in der Öffentlichkeit vor allem Ortsnamen benutzt: Maastricht (1992, Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft), Verträge von Amsterdam (1997) und Nizza (2001). In Lissabon (2007) erfolgte die Umbenennung in »Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union«. Identitätsstiftend ist keine dieser Bezeichnungen. Verglichen

mit den Slogans der Französischen Revolution (»Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit«), die heute noch auf beinahe jedem französischen Rathaus zu finden sind, stinken die vier Freiheiten der EU ebenso deutlich ab wie gegen die abgeschafften »Drei Pfeile« der Sozialdemokratie (ursprünglich: gegen Faschismus, Kapitalismus und Reaktion), die 1932 von der Arbeiterschaft begeistert angenommen worden sind. Wer will sich schon »Freier Warenverkehr, Personenfreizügigkeit, Dienstleistungsfreiheit und Freier Kapitalverkehr« aufs Haus schreiben? Wer würde mit so beschrifteten Transparenten für ein geeintes Europa demonstrieren?

WO BLEIBT DIE DEMOKRATIE?

War also ein gewisser ökonomischer Pragmatismus vielleicht (!!!) anfangs der 1960er Jahre noch plausibel, so wurde er spätestens 1992 mit Maastricht obsolet. Inzwischen hatte aber – nach ersten »Erfolgen« unter Reagan und Thatcher – der Neoliberalismus, vorwiegend fußend auf den Theorien von Hayek und Mises, längst nicht nur von Chicago aus (*Chicago Boys* um Milton Friedman) die Hochschulen erobert, sondern sich auch in den Gehirnen vieler sozialdemokratischer Politiker breitgemacht. Noch immer berufen sich Sozialdemokraten – in völliger Verkennung des Gesamtwerkes – gerne auf Popper und übersehen dabei, dass Popper in ökonomischen Fragen Hayek durchaus nahe stand. Absurderweise widersprach gerade der »große Wurf« einer neoliberalen Politik ebenso wie der »große Wurf« EU/Maastricht/Währungsunion dem Prinzip einer Politik der kleinen (und daher im Falle der erkannten Fehlerhaftigkeit korrigierbaren) Schritte, wie Popper sie verlangte. Auch der im Gegensatz zur politischen Union vermeintlich kleinere Schritt »Währungsunion« erwies sich als zu großer Schritt (insbesondere durch das Fehlen demokratischer Mechanismen zur Krisenbewältigung, wie wir es soeben erleben).

In den vier Grundfreiheiten der EU ist von Menschen keine Rede, Demokratie kommt nicht vor. Das ist kein Wunder. Die EU wurde über die Köpfe der Menschen hinweg konstru-

iert und nur alibihaft demokratisch legitimiert. Aus heutiger Sicht kann man zweifelsfrei feststellen: die EU-Abstimmung in Österreich erfolgte auf falscher Geschäftsgrundlage. Keine Rede war damals von der Abschaffung des Schillings oder vom Verlust der Neutralität (ein Verlust, der bis heute gern bestritten wird, aber eine praktische Tatsache ist). Selbst noch bei der Schaffung der Währungsunion wurde der Bevölkerung mit der No-Bail-Out-Klausel (keine Haftung für Schulden anderer Mitgliedsstaaten) wissentlich – und die Aussagen fast aller Ökonomen negierend – Sand in die Augen gestreut.

Man kann es nicht oft genug wiederholen: mit den Maastricht-Verträgen hatte die Sozialdemokratie im 20. Jahrhundert zum zweiten Mal ihre Seele verkauft. Es sind Verträge, die nicht nur den Primat der Ökonomie über die Politik konstituieren und die demokratischen nationalen Institutionen aushebeln (die Regierungsvertreter, also die Exekutive, beschließen, was die nationalen Legislativen, denen sie eigentlich verantwortlich sind, zu beschließen haben, das EU-Parlament hat bis heute nicht einmal ein Antragsrecht). Es sind Verträge, die zu allem Überduss auch den Bestand wesentlicher sozialdemokratischer Errungenschaften infrage gestellt haben, indem sie – im Rahmen der Osterweiterung – eine mutwillige »interne« Globalisierung in Gang setzten: einen von den »westlichen« Arbeitnehmern nicht gewinnbaren Konkurrenzkampf gegen die Arbeitskräfte im Osten.

LEERE WORTE

Profitiert haben davon – alle Statistiken zeigen das – nur die Shareholder, denn seit zehn bis 15 Jahren stagnieren die Realeinkommen der Lohnabhängigen (und der Mittelschicht) oder gehen sogar leicht zurück. Noch im Nachhinein erweisen sich jene Repräsentanten der Kreisky-SP als scharfsichtig, die der EU extrem skeptisch gegenüberstanden, weil sie den Abbau sozialdemokratischer Errungenschaften zugunsten eines entfesselten Kapitalismus befürchteten. Die Versprechungen jener, die in der EU für ein soziales Europa kämpfen wollten, erwiesen sich als in der Mehrzahl leere Worte.

»Wer hat uns verraten – Sozialdemokraten!« skandierten die stalinistischen Kommunisten 1932 in Anspielung auf 1914 (und schwiegen dabei beharrlich über die eigenen, wirklich monströsen Untaten). Mangels Geschichtswissen und -bewußtsein der eigenen Wählerschaft kam es nicht zu solchen Protestkundgebungen gegen die Politik der europäischen Sozialdemokratien. Dass aber bedeutende Teile der Stammwählerschaft so ähnlich empfunden haben dürften, muss man, angesichts des Erstarkens rechtspopulistischer bis rechtsradikaler Parteien quer durch Europa bei gleichzeitigem und fortgesetztem Niedergang der Stimmenpotentiale der Sozialdemokratie, annehmen. Die SPD fiel in ihrer trübsten Phase bis auf 23 %, die SPÖ hielt sich zeitweise nicht sehr viel über dieser Marke.

Die SPD hatte noch dazu ihre unmittelbare Wählerschaft völlig vergrault und jedwede Glaubwürdigkeit im Hinblick auf sozialdemokratische Positionen verloren – dank Schröder und Hartz IV, das in mehrfacher Weise einen Sündenfall darstellt. Schon die Tatsache, dass der Erfinder dieses Machwerks, das ehemalige Vorstandsmitglied von VW, der Sozialdemokrat Peter Hartz, wegen »Zuwendungen« an den sozialdemokratischen VW-Betriebsratschef (u. a. Bezahlung einer »Geliebten« in Brasilien) rechtskräftig verurteilt worden ist, erlaubt einen tiefen Einblick in die moralische Verfassung eines sich »sozialdemokratisch« nennenden Aufsteigermilieus. Was bedeutet angesichts dessen sozialdemokratische Identität? Die sentimentale Erinnerung an Ferienfahrten und Lagerfeuer mit der Jugendorganisation? Oder ist da noch mehr? Wenn ja, fragt sich nur: was?

Hartz IV steht schließlich nicht nur für die Preisgabe sozialdemokratischer Grundsätze, sondern auch für die widerstandslose Akzeptanz neoliberaler Grundideen. Mit Hilfe von Hartz IV sollte in letzter Konsequenz nicht der deutsche Arbeitslose für den Arbeitsmarkt »fit« gemacht werden, sondern er sollte gezwungen werden, auch noch den schlechtest bezahlten Job anzunehmen. Hartz IV war kein Job-Beschaf-

fungsprogramm, sondern eine Lohnkostensenkungsmaschine. Und als solche hat es auch funktioniert. Durch den Druck von Hartz IV konnte Deutschland seine Lohnstückkosten senken und den Wettbewerbsdruck auf die ohnedies schwachen Südländer der Eurozone erhöhen, ohne dass diese dem etwas entgegenzusetzen hatten. Deutschland hat seine Exporte auf deren Kosten gesteigert. Den Griechen heute vorzuwerfen, sie hätten sich vom Norden Europas alimentieren lassen und nur konsumiert, ist blanke Heuchelei.

Die Defizite der Griechen, Spanier oder Portugiesen tauchen in den Außenhandelsbilanzen der nördlichen Staaten, vor allem aber der BRD, als Handelsbilanzüberschüsse auf. Halten wir also fest: sozialdemokratische Politik unter Schröder (und exekutiert von dem eben per Spiegel-Interview von Altkanzler Schmid zum idealen SP-Kanzlerkandidaten beförderten Peer Steinbrück) bedeutete: Senkung der Einkommen der deutschen Lohnabhängigen zum Schaden nicht nur der eigenen Arbeitskräfte, sondern auch zum Schaden der Arbeitnehmer in allen anderen europäischen Ländern.

UNGLAUBWÜRDIG

Es ist kein Wunder, dass der SPD die Wähler abhanden gekommen sind. Und es ist kein Wunder, dass die SPD verzweifelt eine Kurskorrektur versucht und sich mehr und mehr von Hartz IV absentiert. Die Frage wird sein: Wie glaubwürdig ist das? Denn das wird die entscheidende Frage für die Zukunft der Sozialdemokratie sein: Wie glaubwürdig sind ihre Aussagen und Programme. Wie glaubwürdig sind jene Menschen, die vor der Wählerschaft diese Programme dann vertreten und die Politiker, die versuchen, diese Programme umzusetzen?

Wie glaubwürdig ist die Sozialdemokratie, wenn auch ihre Spitzenpolitiker laut aufschreien, weil der griechische Regierungschef eine Volksabstimmung darüber ausruft, ob die griechische Bevölkerung lieber von der EU erschossen werden will, oder sich selbst ersäufen soll? Wie sozialdemokratisch ist es, laut hörbar aufzuatmen, wenn das Volk dann doch

nicht befragt wird (angesichts eines gewissen Briefes bezüglich Volksabstimmungen und EU!)? Denn unabhängig von der Frage, ob das ein weiterer Übertrick des griechischen (sozialdemokratischen) Regierungschefs war, und unabhängig davon, wie man zu den bekannten Lösungsvorschlägen steht: Wenn das keine Lebensfrage ist, über die man die Bevölkerung abstimmen lassen müsste, was ist dann eine Lebensfrage? Wobei sich gleich die nächste Frage anschließt: auch für die »Zahlerländer« und deren Bürger (mitsamt Nachkommen) ist es eine Lebensfrage, ob sie noch Jahrzehnte diese Schulden abstottern wollen oder nicht. An den Bürgern vorbei wurden Institutionen und neue Finanzkonstruktionen in bestem neoliberalen Casinostil (»Hebel«) geschaffen, deren Nutzen und Nebenwirkungen niemand kennt.

ILLUSIONÄRE LÜGE

Das alles ohne demokratische Legitimation, weil es schnell gehen muss. Es wird an der Sozialdemokratie liegen, sich hier auf ihre Grundwerte zu besinnen und dem sich immer autoritärer gebärdenden Kapitalismus Grenzen zu setzen. (Es sei nur angemerkt, dass dieses Dilemma genau deshalb eingetreten ist, weil man die Währungsunion vor der politischen gemacht hat, weil man bis heute über keine ordentliche Verfassung und kein voll funktionstüchtiges europäisches Parlament mit entsprechender demokratischer Legitimation und Handlungsfähigkeit verfügt!)

Die Frage nach der Identität der Sozialdemokratie zu stellen, heißt eben auch, die Frage nach der Identität ihrer Führungspersonen zu stellen. Die Postmoderne hat die illusionäre Lüge verbreitet, man könne von Identität zu Identität hüpfen: heute ist man Gewerkschafter, morgen Personalleiter, heute sozialdemokratischer Politiker und morgen schon Vorstandschef. Eine multiple Persönlichkeit ist entweder geschwindelt (dann ist die Person unglaubwürdig), oder sie ist echt (dann ist die Person krank). Beides gleich unerfreulich. Wir brauchen wieder mehr Eindeutigkeit, wenn wir wollen, dass die Menschen uns verstehen und ernst nehmen.

Es ist nicht wahr – und auch Tony Judt weist in seinem bereits erwähnten Buch darauf hin – dass wir frei über Identitäten verfügen können, uns nach Belieben die jeweils gebrauchte Identität konstruieren oder schnitzen können. Und: »Die Linke hatte immer etwas zu bewahren ... warum haben wir die Dämme, die andere vor uns unter so vielen Mühen errichtet haben, so rasch eingerissen?« Judt ist unumschränkt zuzustimmen, wenn er von sozialdemokratischer Politik einfordert, nicht nur nach Gleichheit und sozialer Gerechtigkeit zu streben (was sie in den letzten Jahren auch oft sträflich vernachlässigt hat), sondern darüber hinaus für fundamentale ethische Fragen und humanitäre Ideale einzustehen. Hier und jetzt. Überall dort, wo sie als Sozialdemokratie auftritt.

Was sind Programme wert, die nicht den Atem des Lebens tragen? Die von Personen verkündet werden, denen niemand abnimmt, dass sie diese Vorstellungen auch im eigenen Leben, in ihrer eigenen Lebensplanung in einem Mindestmaß umsetzen? Was nützt etwa die leicht verständliche und billige Forderung nach einer Millionärssteuer, wenn man schon bei der Frage einer unsozialen Spitalsreform in die Knie geht (um ein Beispiel aus Oberösterreich zu nehmen); einer von Gesundheitsökonomien diktierten »Reform«, die nicht nur von der Bevölkerung abgelehnt wird, sondern auch die Lebensqualität (um nicht zu sagen: die Überlebensqualität) in den kleinen Gemeinden eklatant verschlechtert?

Von vergeudeteten Jahrzehnten spricht Judt in seinem Vermächtnis, von Jahrzehnten, in denen es nicht mehr »um Befreiung, soziale Gerechtigkeit oder kollektives Handeln ging, sondern um Phantasien von Wohlstand und grenzenloser Karriere«. Solange wir sozialdemokratische Politiker haben, die dieser Beschreibung entsprechen (und damit eigentlich jeder Beschreibung spotten), solange auch wir selbst (»die Menschen da draußen«, wie die Politiker das gern nennen) ebenfalls bloß noch wie neoliberale Karikaturen auf unsere echten Wünsche und Sehnsüchte herumlaufen, werden wir der momentanen Misere nicht entkommen. Denn die derzeitige Krise hat ge-

zeigt, dass es den börsenversierten Arbeitnehmer, dessen Interessenslage vielfältig und diffus ist, in Wahrheit nicht gibt – ebensowenig wie die alleinerziehende Regalbetreuerin, die sich schnell mal ihre kleine Gage mit ein paar Optionsschein gewinnen auf ein ansehnliches Einkommen aufbessert. Auch wenn der ORF – im Rahmen der gesamtgesellschaftlichen Gehirnwäsche – demnächst dem Volk vielleicht jede halbe Stunde Börsenkurse verkünden wird. Wenn die Verhältnisse zu tanzen beginnen, dann ist der Installateur noch immer der mit der Gesellenprüfung, die Regalbetreuerin ist noch immer die Regalbetreuerin, und beide sind nicht Konstrukteure eines frei wählbaren sozialen Daseins, sondern benötigen dringend ein Einkommen, von dem sie leben können, und das ihre freie Entfaltung erst ermöglicht. Sie brauchen – wie die allermeisten von uns – eine Wirtschaft, die den Menschen dient, nicht bloß dem freien Kapital- und Warenverkehr.

DIE WELT VERÄNDERN

Dass man diese Menschen in Pensionskassen und Abfertigungsfonds gezwungen hat, auch das ein Sündenfall der Sozialdemokratie: Hier dürfen sie dann als Shareholder auf Gewinne hoffen, die damit gemacht werden, dass man ihre Arbeitsplätze wegrationalisiert. Sie werden gezwungen, gegen den eigenen Arbeitsplatz zu wetten. Soweit zu den Möglichkeiten wechselnder und wählbarer Identitäten.

Programme liegen inzwischen genug im Land herum. Man kann auch ziemlich fest auf diesen Programmen herumstehen. Das wird uns leider nicht weiterhelfen. Wenn es den sozialdemokratischen Politikern nicht gelingt, Programme und persönlichen Lebensweg halbwegs glaubwürdig in Deckung zu bringen, in ihren Identitäten eindeutig zu werden, und den Leuten nicht nur mit halb gesenktem Kopf, dreiviertel geschlossenen Augenlidern und ganz verschlossenen Ohren zuzuhören, sind alle Programme vergeblich.

Und – Popper hin oder her – wenn es der Sozialdemokratie nicht gelingt, die europäische Idee glaubwürdig auf ein

neues Fundament zu setzen, sie von ihren neoliberalen Fesseln zu befreien und ein neues, großes europäisches Projekt zu starten, werden die Popper'schen kleinen Trippelschritte nur ein komisches Politgewatschel ergeben, bei dem man sich zwar dauernd selbst auf die Zehen tritt, aber keinen Millimeter (auch keinen Popper'schen) weiterkommt. Denn wie schreibt Tony Judt, am Ende seines Buches und am Ende seines Lebens angekommen, Marx zitierend: »Wie heißt es so schön: Die Philosophen haben die Welt nur verschieden interpretiert, es kommt aber darauf an, sie zu verändern.« 

MICHAEL AMON

lebt als freier Schriftsteller und Essayist in Wien und Gmunden. Soeben ist sein autobiographischer Roman »Fromme Begierden« erschienen, der sich nicht nur mit seinen Jahren im Internat der Neulandschule und dem dort herrschenden Gewaltsystem auseinandersetzt, sondern auch die Geschichte der katholischen Erneuerungsbewegung Neulandbund und dessen Scheitern in den Zeiten von Ständestaat und Nationalsozialismus erzählt.

Das letzte Buch von Kreisky-Preisträger Tony Judt erschien im Hanser Verlag unter dem Titel »Dem Land geht es schlecht – Ein Traktat über unsere Unzufriedenheit«.

Die englische Originalausgabe »Ill Fares the Land – A Treatise On Our Present Discontents« ist bei Penguin Books sowohl als Hardcover als auch als eBook erschienen.



Vielleicht sind Zwetschkenkerne besser

Meine Stiefmutter ist eine fleißige Frau und hat in den letzten Jahren für einen guten Zweck gespart. Nein – eigentlich nicht für das Tierschutzhaus. Nun macht sie sich schon eine ganze Weile Sorgen um den Werterhalt des Gesparten. Nein – nicht Inflation. Dass der Euro nichts mehr wert ist. Sie liest jetzt schon zwei Zeitungen täglich und fragt mich immer wieder, was sie denn tun soll, um sicher sein zu können, dass nicht eines Tages alles weg ist. Zuletzt hat ihr auch noch eine ihrer Freundinnen, die in politischen Kreisen verkehrt, gesagt, dass man in diesen Kreisen damit rechne, dass spätestens im Februar oder März 2012 der Zusammenbruch da sein werde.

Und dann hat auch noch der Generaldirektor der Erste Bank erklärt, dass die Bank nun statt Gewinn einen Riesenverlust haben werde. Da war es gerade noch ein Glück, dass ihre Sparbücher nicht bei dieser Bank sind. Aber dann brauchte plötzlich auch Raiffeisen 1,9 Mrd. Euro, um den Kriterien der EU entsprechen zu können. Die Situation spitzte sich also richtig zu. Aber, wenn sie immer wieder fragte, was sie tun sollte, hatte ich immer nur den Rat, nichts zu tun, allenfalls die Zeitungen abzubestellen. Zuletzt hat sie entschieden, ihre Sparbücher so zu verwahren, dass sie jederzeit alles abheben und dafür sorgen kann, dass nichts passiert. Was kann und was wird denn nun passieren – und: müssen wir uns davor fürchten?

Zunächst die Frage: Was soll denn mit dem Euro passieren, sodass er nichts mehr wert ist? Gut, es könnte immerhin sein, dass der Außenwert des Euro – also etwa der Wert des Euro, ausgedrückt in US-Dollar oder in Schweizer Franken usw. – dramatisch sinkt. Das könnte man vielleicht im Zusammenhang mit der Griechenland-Krise, die inzwischen auch eine Euro-Krise geworden ist, befürchten. Bloß: Ist deswegen das Ersparte nichts mehr wert? Die Sorge um den Außenwert des Euro hätte durchaus einige Berechtigung, wenn es sich um ein kleines Land mit eigener Währung handelte – also etwa um das gute alte Österreich mit dem guten alten

Schilling. Bloß: Die EU ist ein derart großer Markt mit einer vergleichsweise geringen Außenhandelsabhängigkeit, dass immer noch das Allermeiste innerhalb der EU gehandelt würde, selbst wenn der Euro außen weniger Wert hätte. Ja, die Ölrechnung würde teurer. Ich habe versucht das zu vermitteln, indem ich behauptet habe, dass es eigentlich ganz egal wäre, ob innerhalb der EU der Euro oder Zwetschkenkerne als Zahlungsmittel verwendet würden – bin aber damit nicht durchgedrungen. Was also tun? Häuser kaufen? Schmuck? Gold? Wertpapiere? Welche?

Sicher ist allerdings ein anderes, worüber viel weniger geredet und geschrieben wird: die den Banken auferlegte Verpflichtung, ab Mitte 2012 zumindest 9% Eigenkapital zu haben, muss zu einer drastischen Einschränkung der Kreditvergabe führen, weil anders diese 9% nicht zu erreichen sein werden. Oder glaubt irgendjemand, dass Österreichs Banken, dass Deutschlands und Frankreichs usw. Banken in kurzer Zeit so viel Kapital auf dem Kapitalmarkt bekommen können, wie nötig wäre, um diese Eigenkapitalvorsorge leisten zu können? Und was ist die Konsequenz der Austrocknung der Kreditvergabe?

Ganz einfach: Dass vom Häuslbauer bis zu den Unternehmen kaum noch Finanzierungsmöglichkeiten bestehen werden. Dass offene Kredite während der Laufzeit eingeschränkt werden oder jedenfalls nicht verlängert, dass Unternehmen mit dünner Eigenkapitaldecke bei Liquiditätsproblemen relativ rasch Überlebensprobleme bekommen werden und dass insgesamt das ohnehin schwache Wirtschaftswachstum noch weiter schrumpfen wird. Die Arbeitslosigkeit wird steigen. Wer Geld hat, wird sich relativ günstig in Unternehmen einkaufen können, aber dabei das Unternehmerrisiko mittragen müssen. Beruhigend? Für die allermeisten Menschen nicht.

Was ist also da zu raten? Nun: Der Zug in Richtung Eigenkapitalstärkung der Banken ist abgefahren. Zweckmäßig und dringend erscheint allerdings die Schaffung der Grundla-

gen für eine echte europäische Wirtschafts- und Finanzpolitik – nicht bloß eine Entmündigung einzelner Schuldnerstaaten. Ein echtes Gegenüber für die EZB. Abgabe von Kompetenz und Souveränität an eine gemeinsame Wirtschaftsregierung unter der Kontrolle des Europäischen Parlaments. Bloß das hilft nicht in kurzer Frist und wird wohl auch noch etwas dauern. Es kann aber helfen, einen Teil der Probleme künftig zu vermeiden, an deren Bewältigung momentan gewürgt wird.

Und was die Sparbücher betrifft: Ruhe bewahren. Keinesfalls alles Geld in Anlagemöglichkeiten stecken, deren Kurse jetzt schon davon laufen. Oder sollte doch begonnen werden, in Zwetschkenkerne zu investieren? 





Gleichheit bedarf keiner Begründung

Zum vierten Mal fand vom 27. 10. bis 30. 10. 2011 der Kongress Momentum statt, der heuer dem Thema Gleichheit gewidmet war. In ihrer Eröffnungsrede kritisierte Barbara Blaha die Aufgabe des Gleichheitsprinzips als schwersten Fehler der europäischen Linken. Voraussetzung für Gleichheit sei, das Volk als Subjekt der Veränderung zu verstehen und die Wirtschaft demokratisch zu gestalten.

Ich könnte es mir an dieser Stelle ganz leicht machen. Ein, zwei Fragen zum Generalthema formulieren, alles ein wenig vage und unbestimmt. Jedenfalls nicht angreifbar. Doch so einfach will ich es mir nicht machen, so leicht möchte ich es euch nicht machen. Am Beginn von momentum^{III} zum Thema »Gleichheit« muss daher eine Feststellung stehen. Sie lautet: Die Forderung nach Gleichheit bedarf keiner Begründung! Sie lautet weiters: Das Gleichheitsprinzip zu verraten war der schwerste Fehler, den die europäische Linke je begangen hat. Und die Feststellung lautet drittens: Wir müssen die Gleichheit erhobenen Hauptes fordern, in unserer wissenschaftlichen wie in unserer politischen Arbeit. Die Gleichheit ist und muss Kompassnadel unseres Tuns sein.

Wenn ich feststelle, dass Gleichheit keine Begründung braucht, dann habe ich meinen kleinen Sohn und seine Freundinnen und Freunde vor Augen: Wenn Kinder einen Kuchen teilen und alle bekommen gleich große Stücke, dann bedarf das keiner Erklärung. Rechtfertigen muss sich ganz im Gegenteil, wer für sich mehr beansprucht. Kinder akzeptieren das Prinzip der Gleichheit ganz selbstverständlich. Sie lehnen sich aber instinktiv auf, wenn sie Ungleichheit beobachten. In ihrem Verhalten, in ihrem Wunsch nach Gleichheit manifestiert sich der älteste überlieferte Menschheitstraum, der alle Emanzipationsbewegungen beflügelt hat, der die wichtigste ethische Norm von Kulturen über den ganzen Erdball hinweg bildet: Was du nicht willst, dass man Dir tu, das füg auch keinem Andern zu. Die Erkenntnis der prinzipiellen Verletzlichkeit schließt den Gleichheitsgedanken ein: Mein Schmerz wiegt so viel wie jeder andere. Nennen wir diesen Umstand die moralische Dimension von Gleichheit.

KritikerInnen werden einwenden, dass ebenso stark wie der Wunsch nach Gleichheit der Wunsch nach Unterscheidbarkeit im Menschen angelegt ist. Aber dabei handelt es sich um eine bewusste oder unbewusste Verwirrung der Begriffe: Wenn wir von Gleichheit sprechen, dann meinen wir die Gleichwertigkeit, nicht die Gleichartigkeit von Menschen. Dann stehen auch Individualismus und Gleichheit in keinem Widerspruch, im Gegenteil: Die Gleichheit ist die Grundbedingung für die Entfaltung aller.

MATERIELLE GLEICHHEIT

Eine zweite Dimension der Gleichheit ist die Materielle. Wenn wir heute hören und lesen, unsere Gesellschaft sei ungleicher geworden, dann dient als Referenzpunkt dieser Behauptung das Westeuropa der 60er und 70er Jahre. Es erscheint vielen als das goldene Zeitalter: Aufschwung, Wohlstand, Umverteilung. Aber bei allen unbezweifelbaren Erfolgen des keynesianischen Nachkriegsbooms – die Parole »alle können es schaffen« hat damals genauso wenig gestimmt wie heute. Natürlich: Ausbau des Sozialstaates und Bildungsexpansion haben für viele Menschen die persönlichen Entwicklungsmöglichkeiten erheblich vergrößert. Aber von materieller Gleichheit konnte selbstverständlich schon damals keine Rede sein. Was die 1970er in Westeuropa aber fraglos hinterlassen haben, war Hoffnung. Die Hoffnung, dass es auch unter kapitalistischen Vorzeichen irgendwann für alle reichen könnte.

Diese Hoffnung hat dazu geführt, dass objektive und subjektive Klassensituation sich weitgehend entkoppelt haben. Die soziale Selbstverortung seit den 1970ern verlief stringent: Das Klassenbewusstsein der Unterprivilegierten nahm bestän-

dig ab. Seit den 1990ern verorten sich bei Umfragen regelmäßig breite Mehrheiten in der »Mittelschicht«, die übrigen Prozent der Befragten wännen sich überhaupt als Angehörige der »Oberschicht«. Eines kann man der gegenwärtigen Krise zugutehalten: Mit dieser Illusion räumt sie gerade gründlich auf.

Schon bisher hätte man freilich die sozioökonomischen Fakten nur zur Kenntnis nehmen brauchen. Lag der Anteil der Löhne am Volkseinkommen in den 70ern bei uns noch bei 72 Prozent, sind es jetzt nur mehr 56 Prozent. Tendenz fallend. Genau umgekehrt verhält es sich mit den vermögensbezogenen Steuern: Produktivität und Wertschöpfung haben enorme Zuwächse verzeichnet, aber während die Reichen zu Beginn der 1990er noch immerhin fünf Prozent zum Steueraufkommen beigetragen haben, liegt ihr Beitrag heute bei einem mickriges Prozent.

Dass die Zahlen in anderen Ländern vorläufig noch drastischer sind ist da kein Trost, eher eine dunkle Prophezeiung: 2011 gab jede fünfte US-Amerikanerin, jeder fünfte US-Amerikaner an, Schwierigkeiten zu haben, Geld für ausreichend Nahrung zusammenzubekommen. Die Armutsquote ist in den Vereinigten Staaten so hoch wie zuletzt 1965, das durchschnittliche Einkommen einer Familie gleichzeitig unter das Niveau von 1997 gesunken.

In Griechenland hat fast die Hälfte der Arbeitsfähigen unter 35 Jahren keinen Job. Die, die noch einen haben, erwirtschaften damit gerade noch 65 Prozent ihres Lohns vor der Krise. Die immense psychische Belastung kann man ermessen, wenn sie sich nach außen kehrt: in Demonstrationen und Randalen, aber auch in einer Gallup-Umfrage im Juli dieses Jahres, in der mehr als 50 Prozent der Befragten physische Gewalt gegen ihre Politiker befürwortete. Weniger offensichtlich, aber nicht minder bestürzend ist die namenlose Verzweiflung, die nur noch eine Artikulationsform kennt: Die Selbstmordrate in Griechenland ist allein gegenüber dem Vorjahr um 40 Prozent gestiegen.

UMVERTEILUNGSPOLITIK

Der griechische Ministerpräsident Georgio Papandreou meinte anlässlich des landesweiten Streiks vor wenigen Tagen: »Wir müssen durchhalten in diesem Krieg als Volk, als Regierung, als parlamentarische Gruppe, für das Land, um ihn zu gewinnen.« Angesichts der eben zitierten Zahlen, die sich ähnlich dramatisch jetzt schon in Spanien und in Portugal wieder finden, stellt sich da nur mir die berechtigte Frage, wer hier eigentlich gegen wen Krieg führt?

Und wiegen wir uns nur nicht in Sicherheit: Es geht schon längst nicht mehr »nur« um einige wenige schlecht Ausgebildete. Ökonomische Unsicherheit als Selbstverständlichkeit im Lebenslauf ist auch einige Sprossen weiter oben auf der Bildungsleiter angekommen. Denken wir nur an die »educated poor«, junge, gut ausgebildete Menschen, für die der ökonomische »Fortschritt« Hoffnungen und Lebenspläne in unerreichbare Utopien verwandelt hat.

Dass uns die 70er heute vorkommen wie das Land, in dem Milch und Honig floss, zeigt also nur zweierlei: Wie himmelschreiend die Ungerechtigkeiten der Gegenwart sind; und wie verheerend es ist, vom Wert der Gleichheit abzugehen. Das nämlich war in den 1970ern tatsächlich noch besser: Die Sozialdemokratie hatte die Gleichwertigkeit von Menschen zum Ausgangspunkt ihrer Umverteilungspolitik gemacht. Wer sozialdemokratisch wählte, konnte schrittweise auf mehr Gleichheit hoffen. Dem ist nicht mehr so, die soziale Schere geht rasant auseinander. Was die Menschen also noch motivieren könnte, wäre die Hoffnung. Aber seit Gleichheit auch programmatisch nur noch die Gleichheit der Chancen ist, und die Verantwortung für das materielle Endergebnis dieser verlogenen Chancengleichheit auf das Individuum überwältigt wird, ist mit der Hoffnung auch die Begeisterungsfähigkeit dahin.

Dass die Bereitschaft, sich in den politischen Prozess einzubringen dramatisch sinkt und stattdessen ein allgemeines

Ohnmachtsgefühl um sich greift, hat mit der dritten Dimension von Gleichheit – oder eben Ungleichheit – zu tun: der Politischen. Politische Partizipation setzt Wissen voraus. Aber wie gut sollen wir uns informiert fühlen, wenn zentrale Figuren des gegenwärtigen Krisenmanagements wie EZB-Präsident Jean Claude Trichet öffentlich der Ansicht sind, die Wahrheit über die tatsächlichen Dimensionen der Krise sei uns allen nicht zumutbar? Wie glaubwürdig sind Bekenntnisse der Eliten zu Demokratie und Mitbestimmung, wenn uns permanent mitgeteilt wird, das eigentliche Problem sei die notwendige Rücksichtnahme auf uns, die Wählerinnen und Wähler?

Da sind sich sozialdemokratisch geführte Regierungen, die Wahlperioden verlängern und damit die Mitsprache der Bevölkerung aktiv verringern, mit Leuten wie Herrn Trichet im Prinzip nämlich einig. Eben jener Trichet wurde ja noch im Juni gescholten, als er in seiner Karlspreis-Rede vorschlug, eine europäische Wirtschaftsregierung einzusetzen (!), die den Parlamenten Vorgaben machen könne. Keine drei Monate später weiß er sich mit dieser antidemokratischen Haltung im veröffentlichten Mainstream angekommen. Wo bleibt der Aufschrei in unserem Parlament?

MITBESTIMMUNG!

Welche wirtschaftspolitischen Maßnahmen warum getroffen werden, und wem sie am Ende des Tages tatsächlich nützen, ist für die Mehrheit der Menschen kaum noch nachzuvollziehen. Was übrig bleibt im medialen Dauerfeuer, sind die Durchhalteparolen der Eliten. »Wir müssen nun alle den Gürtel enger schnallen«, uns stünden »harte Zeiten bevor«. Zähne zusammen beißen, Kopf einziehen. Dulden und Durchhalten statt Information und Mitbestimmung. Jens Jessen ist nichts hinzuzufügen wenn er sagt: »Wo stumme Duldung die einzig empfohlene politische Haltung ist, da hat [...] das Politische keine demokratische Adresse mehr.«

Wenn ein so bestimmender Bereich wie die Wirtschaft der politischen Gestaltungskraft nachhaltig entzogen wird,

entpuppt sich das Gerede von der Demokratie als leeres Geschwätz. Das gilt selbstverständlich nicht nur für die europäische Ebene, sondern auch für die nationale: Wenn wir das Demokratie-, Informations- und Gerechtigkeitsdefizit der europäischen Institutionen kritisieren, müssen wir doch auch fragen: Wie konnte es so weit kommen? Und wie kann sich das noch weiter verschärfen, ohne, dass geharnischter Protest laut würde? Wo ist unsere gewählte Volksvertretung?

Was bleibt, ist Unbehagen. Jeder Dritte glaubt nicht mehr daran, dass die Politik in der Lage ist, Probleme zu lösen. Beinahe jeder Zweite stellt die repräsentative Demokratie in Frage, wie aktuelle Zahlen für Deutschland belegen. Das kann man den Menschen nicht verdenken. Wenn Demokratie die Durchsetzung des Mehrheitsinteresses bei Wahrung aller Minderheitenrechte ist, dann ist der Abbau von sozialen Rechten per se antidemokratisch. Wer behauptet, die derzeitigen Brutalitäten gegen die Mehrheitsinteressen seien alternativlos, der fühlt sich der Demokratie nicht verpflichtet.

Wenn ich im Amtsblatt der Republik, der Wiener Zeitung, Sätze lese wie: »Ein europäischer Finanzminister, der in die Budgetstruktur von Staaten eingreifen kann? Her damit. Da würde bei der heimischen Staatsreform endlich was weitergehen. Die EU-Kommission, die öffentliche Ausgaben abstimmt und auf effizienten Einsatz schaut? Wunderbar.« Dann werde ich zur Zeugin der moralischen, politischen und ökonomischen Selbstentleerung der Republik. Hier wird schließlich auch in meinem Namen nach jemandem verlangt, der auf mich und meine Bedürfnisse keine Rücksicht nehmen soll. Das ist der einzige Gleichheitsbegriff, den der Neoliberalismus kennt: Die Gleichheit derer, die in diesem Spiel nicht mitspielen, nicht zu Wort kommen und am besten gar nicht mehr gefragt werden.

Dabei ist doch das demokratische Wahlrecht die wesentlichste egalitäre Errungenschaft. Ein Mensch, eine Stimme. Das ist so sehr der Gleichheit verpflichtet, das es fast schon

anachronistisch wirkt. Im egalitären Wahlrecht wird es deutlich, das Prinzip der Gleichheit als kraftvollstes Motiv der Moderne. Ein Gut, das es wieder zu verteidigen gilt, gegen die Marktlogik, gegen die Alternativlosigkeit. Denn um nochmals Jessen zu Wort kommen zu lassen: »Eine Demokratie, die die eine große Macht – die Wirtschaft – die alle gängelt, nicht beherrschen kann, ist das Papier nicht wert, auf dem ihre Verfassung gedruckt ist.«

Und wir? Wir werden hier in den nächsten vier Tagen weder der Krise Einhalt gebieten, noch die Welt neu erschaffen, so bitter notwendig beides wäre und so viele gute Ideen wir dafür hätten. Geschenk.

Unsere Aufgabe ist es, der Lethargie, der Verzagtheit, der Sprachlosigkeit und der Lüge von der Alternativlosigkeit einen Ort der harten, inhaltlichen Auseinandersetzung entgegenzusetzen. Einen Ort der Standpunkte und Überzeugungen. Es gibt schlicht keine Situation ohne Alternativen. Genau hier beginnt jede Politik – genau hier beginnt unsere Arbeit. Wir sind schließlich das Subjekt der Veränderung, die wir sehen wollen in dieser Welt und um ein großes, der Gleichheit verpflichtetes Werk zu zitieren, die Verfassung der Vereinigten Staaten: »We the people [...] promote the general welfare and secure the blessings of Liberty.«

Auch das ist unsere Aufgabe: Zu fordern, dass die Politik unser aller Interessen, endlich wahr nimmt. Dafür müssen wir selbst eintreten, selbst aufstehen, Das ist vielleicht der unangenehmste Teil unserer Aufgabe. Sich endlich einmal aus dem Fenster zu lehnen, sich angreifbar machen. Und Position zu beziehen. Position beziehen für die Teilhabe aller am gesellschaftlichen Wohlstand. Position beziehen für die Freiheit, die das für jeden einzelnen mit sich bringt, und diese auch zu verteidigen. Es gilt, Position zu beziehen. Von uns allen. We, the people. 

BARBARA BLAHA

war 2005 bis 2007 als Vertreterin des VSSTÖ im Vorsitzteam der Österreichischen HochschülerInnenschaft und von 2006 bis 2010 im Publikumsrat des ORF. Seit 2008 ist sie Gründungsmitglied und politische Leiterin des Momentum-Kongresses.

EU-Krisenpolitik und die Rolle der Sozialdemokratie

Die Strategien zur Lösung der Finanzkrise in Europa haben bisher auch eine Reihe nationaler Spielräume umfasst. Beat Weber geht der Frage nach, ob und wie diese Spielräume von sozialdemokratischen Parteien genutzt wurden.

In den vergangenen zwei Jahrzehnten war bei BeobachterInnen in europäischen Staaten die Wahrnehmung verbreitet, zwischen den politischen Parteien gebe es kaum noch Unterschiede. Insbesondere in der Wirtschaftspolitik schien die Konvergenz in Richtung des liberalen Modells so weit zu gehen, dass es sich nur noch zu lohnen schien, über die Ursachen zu debattieren (ökonomische Sachzwänge aufgrund Globalisierung etc. oder fortschreitende Durchsetzung neoliberaler Hegemonie), nicht über die Tatsache selbst.

Während eine Beschränkung der Finanzmärkte als Eckpfeiler und Grundvoraussetzung sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik der Nachkriegszeit gilt, taten sich in den 1990er Jahren paradoxerweise sozialdemokratisch geführte Regierungen bei Reformen zur Förderung des Kapitalmarkts besonders hervor. Wichtige neoliberale Politiken wurden zwischen 1997 und 2002 implementiert, als 12 von 15 EU-Mitgliedstaaten sozialdemokratisch regiert waren. Mitgerissen von der globalen Finanzmarktdynamik und in dem Bestreben, den Zug nicht zu verpassen, übernahm eine »kapitalmarktfreundliche Linke« in Bezug auf Finanzmärkte die Vorreiterrolle für eine neoliberale Offensive, die weitreichende Folgewirkungen auf die Gesamtwirtschaft ausübte.

Vor diesem Hintergrund wird klar, dass die 2007 auf den Finanzmärkten einsetzende Krise – im Zuge derer zunächst angesichts massiver staatlicher Gegenmaßnahmen von einer »Rückkehr von Keynes« die Rede war und eine Verschlechterung der Aussichten für liberale und konservative politische Kräfte in Aussicht stand – auch eine fundamentale Verunsicherung für die Sozialdemokratie darstellte. Anstatt ein »window of opportunity« für die Umsetzung einer sozialdemokratischen Interventions- und Regulierungs-Agenda abzugeben,

die in den sozialdemokratischen Schubladen auf eine Wende vom neoliberalen Zeitgeist gewartet hätte, kann man davon ausgehen, dass die Parteien erst eine innere wirtschaftspolitische Neuorientierung erarbeiten mussten, um eine Haltung zu der plötzlichen Wende der Verhältnisse zu finden.

An sich sind Krisen Chancen zur parteipolitischen Profilierung. Der Raum für unterschiedliche Positionierungen in einer Frage wie der Wirtschaftspolitik, wird unter Bedingungen der Unsicherheit größer. Diese Aussage mag überraschen, denn die Krisenbewältigungspolitik in den Industriestaaten scheint auf den ersten Blick von großer Gleichförmigkeit gekennzeichnet zu sein: Insbesondere die in beinahe sämtlichen EU-Mitgliedstaaten bereit gestellten und ähnlich ausgestalteten Bankenrettungspakete lassen zunächst eher auf Uniformität und mangelnde (bzw. ungenutzte) Spielräume schließen.

Im Folgenden sollen anhand von vier Stadien bzw. Episoden der Krise Dimensionen staatlicher Maßnahmen untersucht werden, in denen nationale Spielräume vorhanden waren, sowie neue Mechanismen und Prozesse auf internationaler Ebene. Diese werden daraufhin geprüft, ob parteipolitische Positionierungsmuster erkennbar sind.

Die untersuchten vier Episoden nationaler Maßnahmen sind die mit Bankenrettungsmaßnahmen verknüpften Auflagen und Bedingungen im Herbst 2008, die Einführung von Bankenabgaben 2008–2010, Konjunkturpakete im Winter 2008/09, sowie die Zusammensetzung von Budgetkonsolidierungspaketen 2010. Anhand dieser Maßnahmen soll untersucht werden, ob sich die Ausprägung der Maßnahmen darauf zurückführen lässt, welche Partei(en) die Regierung bilden. Lassen sich diesbezüglich Muster vorfinden, kann daraus ab-

geleitet werden, dass es parteipolitisch geprägte unterschiedliche Krisenbewältigungsansätze gibt.

BANKENRETTUNGSPAKETE

Im Oktober 2008 konnten sich die EU-Mitgliedstaaten zwar nicht auf einen gemeinsamen europäischen Rettungsfonds für Banken einigen, aber auf einen gemeinsamen Ansatz für nationale Rettungspakete. Vorbild war das britische Modell, das im Wesentlichen staatliche Garantien für Bankenschulden, Staatsgelder zur Rekapitalisierung der Banken und die Möglichkeit zum Ankauf illiquider Wertpapiere durch den Staat vorsah. Die Europäische Kommission sollte Mindeststandards erarbeiten, denen alle nationalen Maßnahmen genügen mussten, um Wettbewerbsverzerrungen so gering wie möglich zu halten.

Der beträchtliche Handlungsspielraum der Mitgliedstaaten innerhalb dieses gemeinsamen Rahmens drückt sich in unterschiedlich hohen Summen aus, die im Rahmen der Bankenpakete bereitgestellt wurden. Und in unterschiedlichen Bedingungen, die vom Staat an die Inanspruchnahme durch die Banken geknüpft wurden. Diese Bedingungen (Verzinsung der Staatshilfe, Beschränkungen für Geschäfts- und Gehaltspolitik der Banken, Rechte für den Staat etc.) waren zumindest vor ihrer Prüfung und Genehmigung durch die EU-Kommission divergent, was interessante Rückschlüsse für die Analyse der innerstaatlichen Politikprozesse erlaubt.

Das Krisenmanagement bei Ausbruch der Akutphase der Bankenkrise im Herbst 2008 fand unter außergewöhnlichen Bedingungen statt: Die Entscheidungsfristen waren sehr kurz und die Informationslage schlecht, da angesichts komplexer Marktstrukturen wenig Informationen über Ausmaß und Lokalisierung der Verluste bzw. Risiken vorlagen und die Finanzinstitute mit der Offenlegung der jeweiligen Krisenbetroffenheit zögerten. Der Kreis der EntscheidungsträgerInnen war in vielen Fällen sehr klein, zumeist hochrangige FunktionärInnen aus Regierung und Aufsichtsorganen. Diese Umstän-

de – hoher Entscheidungsdruck, geringe Information, kleiner Kreis an Entscheidungsbeteiligten – machen einen vergleichsweise großen Einfluss politischer Faktoren auf den Entscheidungsprozess wahrscheinlich.

In einer Untersuchung verschiedener möglicher Einflussfaktoren auf die unterschiedliche nationale Ausgestaltung der Bankenpakete (Weber/Schmitz 2010) stoßen wir auf das Ergebnis, dass die Größe der Bankensektor weniger von politischen als von ökonomischen Faktoren (Ausmaß der Krisenbetroffenheit des Bankensektors und budgetäre Lage) bestimmt ist. Aber parteipolitische Faktoren scheinen für die Generosität der Bedingungen ausschlaggebend zu sein, die die Staaten an die Bankenhilfe knüpfen. Und zwar gilt, je höher der Anteil der Sozialdemokratie an der Regierung, desto generöser die Bedingungen, die die Mitgliedstaaten an die Bankenrettungspakete knüpfen wollten (zumindest solange bis die Europäische Kommission eine Überarbeitung in Richtung der gemeinsamen EU-Standards verlangte). Vergleichsweise strenge Bedingungen wurden hingegen eher von liberalen und konservativen Regierungen an die Staatshilfe für den Finanzsektor geknüpft.

Strenge Bedingungen für Staatshilfe entsprechen dem marktliberalen Modell, das *moral hazard* betont und Staatshilfe für Marktteilnehmer generell ablehnend gegenübersteht. Durch die Verknüpfung der Hilfe mit Auflagen wurde die Subvention der Banken als marktähnlicher Prozess stilisiert, wo SteuerzahlerInnen die Rolle von AktionärInnen einnehmen, die ein Risiko eingehen, für das sie mit einem Anrecht auf eine Vergütung und Wahrung ihrer Interessen honoriert werden.

Strenge Bedingungen wären aber auch ein Schritt in Richtung Beteiligung der Krisenverantwortlichen an den Kosten der Krise, also als verteilungspolitische Maßnahme interpretierbar und damit bedeutsam für eine potenziell sozialdemokratische Zielsetzung. Wie es scheint, haben Liberale

und Konservative den Stellenwert von Bedingungen für ihren traditionellen ökonomischen Denkrahmen stärker erkannt und berücksichtigt als sozialdemokratische Regierungsparteien für den ihren.

BANKENABGABEN

In der ersten Episode von Krisenpolitik hat die Sozialdemokratie in Regierungsverantwortung also keine prononcierten Anstrengungen zur Verknüpfung von Finanzsektor-Rettung und Verteilungsfragen unternommen. Ein möglicher Grund wäre, dass sie verteilungspolitische Komponente mit Hilfe anderer Instrumente und/oder zu einem anderen Zeitpunkt ergänzen wollten. Eine nahe liegende Form wäre, dies in Form einer Beteiligung des Bankensektors an den Krisenkosten mittels einer Krisensteuer zu tun.

In der Tat wurden Bankenabgaben im Lauf der letzten Jahre von einzelnen EU-Mitgliedstaaten eingeführt. Anfang 2010 legte die US-Administration einen entsprechenden Vorschlag für die USA vor (der mangels Unterstützung wieder zurückgezogen wurde). Mitte Juni 2010 verabschiedete der Europäische Rat das Vorhaben, in allen EU-Mitgliedstaaten eine Bankenabgabe einzuführen, um eine »faire Lastenverteilung der Krisenkosten auf den Finanzsektor und Anreize zur Beschränkung von systemischem Risiko zu sichern« – nennt also sowohl Verteilungs- als auch Effizienz motive als Ziele.

Wenn diese Bankenabgabe als Mittel der Wahl für sozialdemokratische Regierungen zur Sicherung der Beteiligung des gesamten Bankensektors an den Kosten anstelle der Verankerung von strengen Bedingungen für Staatshilfe an einzelne marode Banken gegolten hätte, hätten sich sozialdemokratisch regierte Staaten diesbezüglich besonders hervortun müssen.

Wie aus Tabelle 1 ersichtlich, waren jedoch liberal bzw. konservativ regierte Staaten bei der Einführung von Bankenabgaben stärker engagiert. Teilt man den Zeitraum 2008–2011 in drei Perioden-Cluster, geordnet nach dem Zeitpunkt der

Maßnahmen-Ergreifung, so sind konservativ bzw. liberal geführte Regierungen nahezu durchwegs stärker vertreten.

Somit wurden Bankenabgaben also vorwiegend in konservativ-liberale Strategien eingebaut, was unter anderem in dem (auf EU-Ebene von der Europäischen Kommission stark forcierten) Versuch zum Ausdruck kommt, das Aufkommen dieser Bankenabgabe nicht dem allgemeinen staatlichen Budget zugute kommen zu lassen (was stärker seinem Charakter als verteilungspolitische Maßnahme entsprechen würde). Stattdessen soll aus dieser Abgabe ein Fonds gespeist werden, aus dem allfällige künftige Bankenrettungen finanziert werden sollen. Die Abgaben würden somit im Bankensektor selbst zur Speisung seines eigenen Sicherheitsnetzes verbleiben.

So sieht es etwa der vom liberal-konservativ regierten Schweden 2008 verabschiedete Ansatz vor, der von der schwedischen Regierung in Folge aktiv als Modell für die EU propagiert wurde. Eine sozialdemokratische Strategie, Bankenabgaben als Teil einer Strategie zur Adressierung der Verteilungsfrage im Kontext der Krisenpolitik zu forcieren, hat sich in den EU-Mitgliedstaaten hingegen kaum bemerkbar gemacht.

KONJUNKTURPAKETE

Die im Herbst 2008 mit Bankenrettungspaketen beantwortete Finanzkrise transformierte sich im Lauf der folgenden Monate in eine allgemeine Wirtschaftskrise. Um dieser zu begegnen, wurden von den G20 im November 2008 Konjunkturpakete beschlossen, die auch in den meisten EU-Mitgliedstaaten umgesetzt wurden. Antizyklische Budgetpolitik gilt als Eckpfeiler eines keynesianischen Ansatzes, der historisch eng mit sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik verknüpft ist, da die Verhinderung von Arbeitsplatzverlusten als Kernanliegen einer sozialdemokratischen Klientel erachtet werden kann. Somit wäre eine mögliche Erklärung für die mangelnde Aufmerksamkeit sozialdemokratischer Regierungen für die Verknüpfung von Finanzsektor-Rettung und Verteilung, dass sie ihre

Aufmerksamkeit auf die Durchsetzung von kräftigen Konjunkturimpulsen und Absicherungsmaßnahmen für die Beschäftigten konzentrierten.

Saha/Weizsäcker (2009) haben die von den Konjunkturpaketen ausgehenden wirtschaftlichen Impulse in Prozent des BIP für die 13 wirtschaftlich größten EU-Mitgliedstaaten errechnet und bieten somit Daten, die einen Vergleich erlauben.

Die Staaten mit sozialdemokratischer Regierungsbeteiligung weisen große und mittlere Konjunkturpakete auf, jene mit liberal-konservativen Alleinregierungen haben mittlere oder geringe bzw. keine Konjunkturpakete. Dieses Bild wird relativiert durch die Tatsache, dass drei von vier Staaten aus der letztgenannten Gruppe zu jenen Ländern gehören, die bald als Schuldenkrisen-Länder im Fokus der Finanzmärkte standen und deshalb wohl geringer budgetärer Spielraum der Hauptgrund für die Entscheidung gegen Konjunkturpakete gewesen sein dürfte.

BUDGETKONSOLIDIERUNG

Während im Angesicht des Schocks der Krise im Herbst 2008 kurze Zeit so mancher Aspekt des herrschenden wirtschaftspolitischen Paradigmas zur Disposition stand, und insbesondere der Finanzsektor im Zentrum der Kritik stand, fassten nach einer Schrecksekunde die Beharrungskräfte wieder Tritt. Mit der Ausrufung der Schuldenkrise von Griechenland, und bald darauf anderer Staaten der EU-Peripherie, wendete sich schließlich das Blatt.

Dass die Folgekosten der Krise (Rettungspakete und Steuerausfälle) die Hauptursache steigender Budgetdefizite waren, wurde durch den Fokus auf überbordende Staatsverschuldung und die Behauptung, dies sei unverantwortlicher Budgetgebarung zuzuschreiben, verdrängt. Diese erfolgreiche Umdeutung der nächsten Krisen-Etappe veränderte das Umfeld für wirtschaftspolitische Maßnahmen. Konsolidierung konnte sich als wirtschaftspolitische Priorität durchsetzen, und für in-

stitutionelle Reformen auf internationaler Ebene wurde ein Beitrag zu diesem Oberziel zur Durchsetzungsbedingung.

Dennoch könnte auch unter Bedingungen der Konsolidierungspolitik ein sozialdemokratischer Spielraum auf nationaler Ebene identifiziert bzw. erwartet werden. Ein solcher müsste sich durch die Form der Konsolidierung auszeichnen. Wenn man davon ausgeht, dass eine sozialdemokratische Wirtschaftspolitik einen gut ausgestatteten öffentlichen Sektor braucht, und Umverteilungswirkungen vorwiegend über die Ausgabenseite erzielbar sind, dann wäre eine Konsolidierung über Ausgabenkürzung tendenziell abzulehnen. Stattdessen wäre im Gegenzug eine stärkere Betonung der Einnahmenseite zu forcieren. Sowohl auf Ausgaben- als auch auf Einnahmenseite wäre auf wünschenswerte Verteilungseffekte zu achten. Zumindest für den erstgenannten Aspekt liegen OECD-Daten für die Konsolidierungspakte von 2009/10 aus 21 EU-Mitgliedstaaten vor, die einen Vergleich erlauben (OECD 2011).

Die Analyse wird durch die Tatsache erschwert, dass mittlerweile kaum noch sozialdemokratische Regierungsbeteiligungen bestehen. Wiewohl sich alle sozialdemokratischen Alleinregierungen in der Gruppe mit den höchsten einnahmenseitigen Konsolidierungsanteilen befinden, tun das mehrheitlich rechte Alleinregierungen. Und zwei der drei sozialdemokratischen Staaten haben mittlerweile internationale Hilfe in Anspruch genommen, die mit einem Verlust der Entscheidungshoheit über die Budgetpolitik einhergeht. Insofern ist zweifelhaft, ob hier von einer parteipolitischen Akzentuierung der Sparbemühungen gesprochen werden kann.

INTERNATIONALE KOORDINATION

Im Zuge der Krise 2007ff. ist einiges auf die Agenda gerückt, was zuvor auf internationaler Ebene gefehlt hat: Ein Prozess zur Analyse, Debatte und möglichen Behandlung internationaler Ungleichgewichte wurde eingerichtet, ein Aktionsplan zur Finanzmarktregulierung verabschiedet, und koordinierte

fiskalpolitische Maßnahmen verabredet. Internationale Regulierung und internationale Koordination der Wirtschaftspolitik als Antwort auf die Globalisierung ist ein traditioneller sozialdemokratischer Ansatz. Wenn sozialdemokratische Regierungen in der EU offenbar weder besonders auf strenge Auflagen für Bankenhilfen noch auf die Einführung von Bankenabgaben gedrungen haben, wie wir gesehen haben, dann könnte das also Ausdruck eines Ansatzes sein, der die Adressierung des Finanzsektors durch internationale Regulierung statt durch nationale Kompensationsauflagen bevorzugt, und auf nationaler Ebene das Hauptaugenmerk auf andere Politikfelder legt.

Doch bislang blieb Bestrebungen für eine signifikante Regulierung des Finanzsektors aufgrund von konzeptioneller Uneinigkeit und standortwettbewerblichen Überlegungen in internationalen Foren die Durchsetzung weitgehend verwehrt. Eine Teilerklärung dafür kommt auch der Tatsache zu, dass im EU-Finanzministerrat im Herbst 2008 in einem sehr frühen Stadium der Krise schnell ein »Aktionsplan« mit technischen Reformvorhaben für die Finanzregulierung verabschiedet wurde, der die Ausweitung der Debatte und das Aufkommen weitgehenderer Vorschläge zum Großteil erfolgreich verhindert hat.

Eine Finanztransaktionssteuer kristallisierte sich mittlerweile zu einem der zentralen Konsens-Projekte innerhalb der europäischen Sozialdemokratie heraus. Ihre Rolle als Beitrag zur Beschränkung des Finanzsektors und zur Umverteilung steht im Zeichen des Debattenschwenks auf Konsolidierung als internationales wirtschaftspolitisches Hauptthema nun weniger im Vordergrund, aber ihr möglicher Beitrag zur Einnahmenerzielung für Budgetkonsolidierungsprojekte sorgt dafür, dass hier das letzte Wort noch nicht gesprochen ist. Auch die Chefs liberal-konservativer Regierungen von Deutschland und Frankreich haben zuletzt diese Steuer auf EU-Ebene wiederholt gefordert. Dass notorisch mit einer ablehnenden Haltung von Großbritannien zu rechnen ist, das den größten

Finanzstandort der EU und damit gewichtigen Einfluss in dieser Frage besitzt, setzt diese Forderung jedoch seit jeher dem Verdacht der Symbolpolitik aus.

Der Prozess betreffend internationale Ungleichgewichte hat keine Bindungswirkung und seine konkreten Effekte sind unklar, und fiskalpolitische Verabredungen auf G20-Ebene haben auch nur deklaratorischen Charakter. Tatsächlich rechtlich verbindlich umgesetzt werden Reformen auf EU-Ebene, die im Zeichen der Stärkung der neoliberalen wirtschaftspolitischen Architektur des Maastricht-Vertrages stehen, wo mit Verweis auf die Interpretation der Schuldenkrise als Ausdruck unzureichender Budgetdisziplin v. a. der Stabilitätspakt und die Überwachung der nationalen Wirtschaftspolitik unter den Vorzeichen der Austeritätspolitik konsolidiert und weiter verschärft werden. Einst kontroverse Maßnahmen einer neoliberalen Agenda (weitere Beschränkungen für die nationale Fiskalpolitik auf EU-Ebene, Verankerung von Schuldenbremsen nach deutschem Vorbild in weiteren Mitgliedstaaten etc.) fanden Mehrheiten auf EU-Ebene (Klatzer/Schlager 2011), seit dem die Krise nicht mehr als Finanz-, sondern als Staatsschuldenkrise diskutiert wird. Die Erfolgsparameter für die Durchsetzung von Reformen auf internationaler Ebene wurden dadurch entscheidend verschoben.

SCHLUSSFOLGERUNGEN

Die seit 2007 sich ausbreitende Krise bestätigte zunächst viele traditionell sozialdemokratische Positionen: Die Kritik an deregulierten Finanzmärkten, der Hinweis auf die Gefährlichkeit extremer Verteilungsschiefen für die wirtschaftliche Prosperität und Stabilität, und die Angewiesenheit der Märkte auf eine stabilisierende Rolle des Staates. Dennoch waren regierungsbeteiligte sozialdemokratische Parteien nicht nur ebenso überrascht und unvorbereitet wie ihre liberalen und konservativen KonkurrentInnen, sondern es gibt Anhaltspunkte, dass sie – allen Aussagen einer »Rückkehr von Keynes« zum Trotz – sogar weniger gut vermochten, zu einer Krisenpolitik mit sozialdemokratischen Merkmalen zu finden. Dass Sozialde-

Tabelle 1: Einführung von Bankenabgaben in EU-Mitgliedstaaten

Zeitpunkt der Einführung einer Bankenabgabe	EU-Mitgliedstaaten (L=sozialdemokratische Regierung, R=liberal/konservativ, L/R= Koalition)
Vorreiter (Einführung zwischen 2008 und 2009)	BEL (L/R), DK (R), SWE (R), FR (R)
Einführung im Anschluss an Obama-Vorstoß Anfang 2010	AUT (L/R), D (R), UK (new labour)
Einführung Ende 2010/2011	HUN (R), IRL (R), LV (R), SK (R), PL(R), PT (L), SV (L/R), CYP (L)

Quelle: EFC (2011)

Tabelle 2: Konjunkturpakete

Größe des Konjunkturpakets im Verhältnis	EU-Mitgliedstaat
Groß	AT (L/R), D (L/R), SP (L), UK (new labour)
Mittel	BEL (L/R), F (R), NL (L/R), SWE (R)
Gering bzw. inexistent	DK (R), GR (R), IRL (R), IT (R)

Quelle: Saha/Weizsäcker (2009)

Tabelle 3: Einnahmenseitige Konsolidierungsmaßnahmen

Anteil der einnahmenseitigen Maßnahmen an Konsolidierung	EU-Mitgliedstaat
Hoch	BEL (L/R), CZ (R), DK (R), Fin (R), F (R), GR (L), PT (L), SP (L), SK (R)
Mittel	AT (L/R), D (R), EST (R), IRL (R), IT (R), UK (new labour)
Gering	HUN (R), NL (R), PL (R), CZ (R), SV (L/R), SWE (R)

Quelle: OECD (2011)

mokratInnen in den Jahren zuvor über weite Strecken auf eine liberal-konservative Wirtschaftspolitik eingeschwenkt und so viele Bedingungen für die Krise mitverursacht hatten, mag damit zu tun haben.

Die Verknüpfung von Finanzmarktstabilisierung mit Maßnahmen zur Sicherung einer Beteiligung des Finanzsektors an den Krisenkosten wurde von sozialdemokratischen Regierungen vernachlässigt. Entsprechende Maßnahmen wären auf nationalstaatlicher Ebene angesiedelt und somit leichter durchsetzbar gewesen als Maßnahmen auf internationaler Ebene, für die es die Zustimmung vieler anderer Staaten braucht. Diese Spielräume auf nationalstaatlicher Ebene wurden jedoch mehr von liberal-konservativen Regierungen genutzt, und als Elemente in ihren eigenen wirtschaftspolitischen Deutungsrahmen eingefügt.

Auf internationaler Ebene war das Eintreten für eine Finanztransaktionssteuer unter den Maßnahmen in Bezug auf den Finanzsektor die stärkste sozialdemokratische Positionierung. Auf dieser Ebene hielten jedoch die Widerstände gegen eine Umsetzung an, und bald setzte eine Umdeutung der Krise ein, die die Prioritäten unter dem Druck von Preisentwicklungen auf den Finanzmärkten und der öffentlichen Meinung verschob. Dies erleichterte eine Festigung der Hegemonie liberal-konservativer Institutionen auf internationaler Ebene und deren weiteren Ausbau.

Während es einige Anhaltspunkte dafür gibt, dass sozialdemokratische Regierungen ihre Kräfte auf die Absicherung der Lohnabhängigen durch Durchsetzung von Konjunkturpaketen konzentrierten, wurde diese Episode von dem bald einsetzenden Konsolidierungsdruck schnell abgelöst. Die schwindende Anzahl sozialdemokratisch geführter Regierungen in dieser Zeit führt dazu, dass eine sozialdemokratische Handschrift bei den jüngst erstellten Konsolidierungspaketen nicht wirklich nachzuweisen ist. Dass diese Gelegenheit nicht mehr gegeben war, mag auch darauf zurückzuführen sein, dass es

liberalen und konservativen Parteien besser gelang, eine Krisenpolitik durchzusetzen, die in Bezug auf den Finanzsektor von SozialdemokratInnen erwartbar gewesen wäre, und diese in ein liberal-konservatives Deutungsschema umzucodieren, und in Folge die Interpretation der Lage und daraus abgeleitete Handlungsimperative zu ihren Gunsten zu wenden. 

BEAT WEBER

ist Mitglied des Beirats für gesellschafts-, wirtschafts- und umweltpolitische Alternativen (BEIGEWUM) und hat als Teilnehmer beim Kongress »Momentum2011 – Gleichheit« referiert.

Literatur

EFC - Economic and Financial Committee (2011): Draft Report to the Ecofin on financial levies and taxes. State of play, 11.5.2011, <http://register.consilium.europa.eu/pdf/en/11/st09/st09918.en11.pdf> | **Klatzer, Schlager** (2011) Europäische Wirtschaftsregierung – eine stille neoliberale Revolution. In: Kurswechsel 1/2011, S. 61–81. | **OECD** (2011): Restoring public finances, Paris. | **Sasha, Weizsäcker** (2009): Estimating the size of the European stimulus packages for 2009. An update, Bruegel Policy Contribution, Issue 2009/02 (April). | **Weber, Schmitz** (2010): Wer bietet mehr? Bestimmungsfaktoren der EU-Bankenhilfspakete in der Finanzkrise 2008/09. In: Kurswechsel 1/2010, S. 87-100.



Falsche Schlussfolgerungen aus der Katastrophe von Fukushima

Die Katastrophe von Fukushima erfordere weitreichende energiepolitische Konsequenzen. Ruben Mörth argumentiert, dass der energiepolitische Wandel keineswegs ein rein ökologisches oder technisches Thema sei, sondern grundlegende wirtschafts- und sozialpolitische Grundfragen anspreche und die Lebensweise wohlhabender Gesellschaften berühre.

Japans 3/11 revitalisierte eine längst tot geglaubte und medial seit Jahren unbeachtete Debatte. Die positive Meinungsbildung von Seiten der Atomindustrie und das Verebben des gesellschaftlichen Interesses führten dazu, dass bis zum GAU in Fukushima viele frühere Unfälle in Vergessenheit geraten waren und, dass im Glauben, die Kernenergie sei mittlerweile sicher, oder zumindest nur mit einem kleinen Risiko verbunden, nicht weiter über Konsequenzen nachgedacht wurde.

Während das Volksbegehren zum Ausstieg Österreichs aus EURATOM¹ nur etwa eine Woche vorher in den österreichischen Medien kaum ein Echo fand, überschlugen sich sämtliche Medien – zumindest in der ersten Zeit – in der Berichterstattung über die extremen Zustände in der und um die Kernkraftwerksanlage Fukushima. Der Umstand, dass ein engagiertes Volksbegehren zur Problematik nichts erreicht hatte und es wieder einmal einer Katastrophe bedurfte, um die Gefährlichkeit der Atomenergie vor Augen zu führen, scheint paradox.

Im Folgenden wird versucht, die Atomenergie von verschiedenen Seiten zu analysieren. Es handelt sich dabei nicht nur wie oft dargestellt um eine ökologische oder friedenspolitische Thematik. Sie ist eng verknüpft mit unserem nach Profit und Wachstum strebenden Wirtschaftssystem. Ebenso wird die Frage diskutiert, ob ein ökologischer Wandel durch individuelle Entscheidungen, wirtschaftliches Handeln oder doch auf einer gesamtgesellschaftlichen Ebene ansetzen muss. Es soll herausgestrichen werden, dass ökologische Veränderungen auch immer soziale Implikationen haben, auf die nicht vergessen werden darf.

EIN REIN ÖKOLOGISCHES PROBLEM?

Erste Assoziationen im Zusammenhang mit Atomenergie und Atomkraftwerken drehen sich oft um Umweltzerstörung, Todesopfer durch Unfälle, Verstrahlung und die Bilder von Mutationen, sei es nun eine Mischung aus Kunst und Wissenschaft wie bei Cornelia Hesse-Honegger² oder in Form von Science Fiction, welche Unglücksszenarien bereits sehr früh aufnahm. In Verbindung mit Atomenergie wird häufig das Bild einer atomaren Apokalypse durch Kriege, Unfälle oder Anschläge gezeichnet. Die von dieser Energietechnologie ausgehende Gefahr scheint zwar schwer zu leugnen, trotzdem existieren beinahe zu allen kritischen Studien und wissenschaftlichen Untersuchungen auch gegenteilige Informationen, was den Versuch, eine objektive Sicht auf die Risiken der Atomenergie zu bekommen, erschwert. Dies kann man besonders gut an den Angaben der Opferzahlen von Tschernobyl³ sehen, oder an den Untersuchungen der Auswirkungen geringer Strahlendosen auf den menschlichen Körper.

Die ersten Jahrzehnte des 20. Jahrhunderts waren geprägt von zahlreichen Erfindungen und natürlich auch von neuen Erkenntnissen auf dem Gebiet der Physik. Die forcierte Erforschung der in Atomkernen ruhenden Energie, war natürlich für die Wissenschaft von großer Bedeutung, aber ebenso auf strategische und in aller erste Linie militärische Interessen zurückzuführen. Dass die USA innerhalb weniger Jahre aus Angst davor, das Dritte Reich könne ihnen zuvorkommen, in geheimen Operationen das oft genannte Manhattan-Projekt⁴, aus dem Boden gestampft und damit eine ganze Industrie geschaffen haben, wird neben den hohen Todeszahlen von Hiroshima und Nagasaki oft vergessen. Ein »erfreuliches Nebenprodukt« der Atomwaffen war, dass kontrollierte Kernspaltung

1. Die Europäische Atomgemeinschaft ist eine seit 1957 tätige Organisation, deren Aufgabe unter anderem darin besteht, die Forschung der Atomindustrie und die Errichtung neuer AKWs finanziell zu unterstützen. EURATOM ist strukturell vollständig an die EU angegliedert und alle Mitgliedsländer der EU sind demnach auch EURATOM-Mitglieder, ob sie nun selbst Atomenergie produzieren oder nicht.
2. Die Zeichnerin dokumentierte seit dem Unglück in Tschernobyl 1986 rund um Atomanlagen gesammelte Insekten und ihre Mutationen. Auch wenn ihre Arbeiten stark umstritten sind, ermöglichen sie trotz allem eine alternative Sichtweise auf die als unproblematisch konstatierte niedrige Strahlenbelastung. (siehe <http://www.wissenskunst.ch/>)
3. Während Greenpeace von rund 93.000 Opfern des Reaktorunfalls spricht, die WHO von 50.000 toten Einsatzkräften aufgrund von Strahlenschäden, verlaufen sich die von der IAEA genannten Zahlen bei lediglich 50 Opfern aufgrund von erhöhter Strahlenbelastung.
4. Das Manhattan-Projekt war ein geheimes Forschungsprojekt während des zweiten Weltkriegs, welches die Entwicklung und den Bau einer Atom-bombe zum Ziel hatte.
5. 16% des Uranbedarfs der EU kommen aus dem Norden von Niger, wo unter katastrophalen Sicherheits-Vorkehrungen Uran abgebaut wird. 70% der Uranvorkommen sind in Gebieten zu finden, wo indigene Völker leben.
6. TEPCO ist der viertgrößten Energieanbieter weltweit und das für die Reaktoren in Fukushima verantwortlichen Unternehmen.

zur Energienutzung verwendet werden kann. Aber auch heute darf die Energieproduktion nicht getrennt von den Atomwaffen gesehen werden. Drei Viertel der weltweiten Atomstromproduktion stammt aus den Ländern USA, Frankreich, Japan, Russland, Deutschland und Südkorea, die Hälfte davon zählen zu den mit den meisten Atomwaffen ausgestatteten Atommächten.

Die Produktion von Atomstrom war von Anbeginn mit höheren Kosten verbunden als geplant, trotz Propagierung von Atomstrom als billigere und wegen des geringen CO₂-Ausstoß umweltfreundlichere Lösung. Schon in den 60er Jahren übertrafen die Kosten pro Kilowatt den geplanten Preis bei Weitem. Der heutige noch stärkere Preisanstieg ist vor allem auf die immer steigenden Konstruktions- und Rohstoffpreise zurückzuführen, und natürlich auf erhöhte Sicherheitsvorkehrungen und längere Bauzeiten der AKWs. Es hat sich gezeigt, dass diese Technologie, durch staatliche Lenkung gut verankert und als die unendlich ausschöpfbare Energiequelle für die Zukunft gehandelt, seit Jahrzehnten von Subventionen abhängig ist, und zur Zeit seine stärksten Anhänger in den Reihen der Regierenden und Lobbys hat.

Das Betreiben eines AKWs produziert in der Regel weit-aus weniger Emissionen als Verbrennungskraftwerke, weshalb diese Technologie von manchen als ökologisch vertretbar bezeichnet wird. Aber auch dies lässt sich schnell entkräften. Der Abbau von Uranerz vergiftet weite Flächen von Land, und macht sie zu starkverstrahlten und tödlichen Lebensräumen für die lokale Bevölkerung⁵. Die geförderte Menge Erz ist im Vergleich zur Menge des Urans unverhältnismäßig: für 33 t Brennstoff, werden 440000t Uranerz an die Oberfläche gebracht, was wiederum beträchtliche Mengen an fossiler Energie benötigt. Überdies ist die Atommüll-Endlagerung immer noch ungeklärt und alleine die Suche nach Lagerstellen, und die jahrelangen Untersuchungen auf ihre Eignung verursachen enorme Kosten, ganz zu schweigen von den Castortransporten.

Deutschlands Entscheidung Ende des Jahres 2010, den Atomkonzernen noch Laufzeitverlängerungen gesetzlich zuzusichern, scheint einem heute noch viel unverantwortlicher und unverständlicher, wenn man das steigende Risiko von alten Reaktoren mit verlängerter Laufzeit bedenkt. Es darf auch nicht vergessen werden, dass der Preis für atomare Störfälle von der Bevölkerung gezahlt werden muss, wie zum Beispiel in Japan, ob es sich nun um gesundheitliche Schäden oder Sachschäden handelt. Auf der anderen Seite haben Energieanbieter weiterhin hohe Einnahmen, ohne neue Investitionen tätigen zu müssen. Während in Zeiten mit hohen Gewinnen die ArbeiterInnen selten Anteil daran haben, sollen sie in Krisenzeiten für die Unternehmen plötzlich Verantwortung übernehmen, wie zum Beispiel bei TEPCO⁶ wo in Führungsetagen 50% und bei ArbeiterInnen 20% Gehaltskürzungen in Kraft getreten sind, und natürlich zahlreiche Kündigungen, auf Grund der Krise des Unternehmens nach dem Disaster.

DAS EWIGE STREBEN NACH WACHSTUM...

Wie die aktuelle Wirtschaftskrise in den Industrieländern, traf die Atomkatastrophe von Fukushima einen hochentwickel-ten Staat, welcher alle Möglichkeiten hatte, auf die schon seit langem bekannten Risiken eines Erdbebens und Tsunamis zu reagieren⁷. Viel absurder wirkt dieser Sachverhalt, wenn man bedenkt, dass in Japan entwickelte technische Produkte am Weltmarkt stark vertreten sind, und Menschen Technologien zumeist blind vertrauen, ohne diese zu hinterfragen.

Wenn man die Entwicklung des heutigen Europas ge-nauer betrachtet, lässt sich gut beobachten, dass das Erstarken des Kapitalismus eng verknüpft mit der Nutzung von neuen Energiequellen war. Was am Anfang Wasserkraft, Kohle und Dampf waren, wurde später durch Gas, Öl und Atomenergie ersetzt. Diese Technologisierung und die damals im Übermaß vorhandenen Ressourcen ermöglichten es, sich im Wesentlichen von der handwerklichen Produktion zu lösen und sich hin zu einer industrialisierten Gesellschaft zu entwickeln. Das

7. 2002 wurde bekannt, dass TEPCO 16 Jahre lang Unfälle in Reaktoren verschwiegen und Reparaturberichte gefälscht hatte. 2007 musste der firmengrößte Reaktor wegen Erdbebensschäden heruntergefahren werden. 10 Tage vor der Tragödie von Fukushima wurden bei Inspektionen bereits große Mängel an sicherheitsrelevanten Systemen gefunden, die jedoch nicht zu einer Abschaltung, sondern zu einer 4-monatigen Korrekturfrist für die Kraftwerksbetreiber führten.
8. An dieser Stelle sollte erwähnt werden, dass auch Indikatoren für Wachstum überdacht werden müssen. Das BIP stellt bekanntlich nur Waren da, die einen Wert haben und lässt viele weitere wirtschaftlich wichtige Größen außer acht. So werden weder Reproduktionsarbeit noch ökologische Kosten abgebildet.

wirtschaftliche Wachstum und der sogenannte Fortschritt sind also eng an billige und ergiebige Energiequellen gekoppelt. Die starke Abhängigkeit der Wirtschaft von einer reibungslosen Energieversorgung wird bei Krisen sofort augenscheinlich, wie den Ölschocks der 1980er Jahre oder dem kriegesischen Interventionen des globalen Nordens in Länder mit großen Rohstoffvorkommen und fossilen Energielagern.

Die Erkenntnisse des »Club of Rome« sind schon seit bald 40 Jahren bekannt, trotzdem wird das Wachstumsparadigma⁸ selten zur Sprache gebracht, bzw. wenn es thematisiert wird, hat dies selten konkrete Maßnahmen zur Folge. Als wirtschaftlich erfolgreich gilt in unserer Gesellschaft, was wächst, was Profite abwirft, neu ist und gut aussieht. Nach diesem Prinzip handeln Einzelpersonen, Unternehmen und auch Staaten, um im beruflichen und internationalen Konkurrenzkampf zu bestehen. Doch damit Hand in Hand gehend wächst die Weltbevölkerung und seit Jahrzehnten der ökologische Fußabdruck, also der Ressourcenverbrauch der Industrieländer. Im Gegenzug sind wir mit beschränktem Lebensraum, knapper werdenden Ressourcen und dem Klimawandel und seinen Folgen für die kommenden Generationen konfrontiert.

Die Atomenergie steht ebenfalls vor einer natürlichen Grenze: Das heute für AKWs benutzte Uran wird bei gleichbleibendem Verbrauch nur noch bis 2070 verfügbar sein, und das, obwohl sich der Abbau bereits jetzt als sehr schwierig und ressourcenaufwendig darstellt. Den Schritt zur Atomenergie, den einige Länder ab den 1960er Jahren tätigten, muss also auch in Verbindung mit dem Bestreben nach Versorgungssicherheit und nach gesichertem Wachstum der Wirtschaft gesehen werden.

INDIVIDUELLE ENTSCHEIDUNG MÖGLICH?

Die Wachstumskritik sollte jedoch keinesfalls auf einen reinen Verzicht herunter gebrochen werden. Viel eher muss unsere gesamte Lebensweise in Frage gestellt werden, den enormen Verbrauch von Energie und die Verschwendung von Ressour-

cen. Man kann zwar bereits jetzt einige Veränderungen bemerken, die aber zumeist darauf abzielen, Umweltschutz als eine kurzfristige Geldersparnis zu interpretieren. Besonders in der Automobilindustrie kann man einen Schritt hin zu weniger und sauberer Energie in Form von E-Autos, Hybridautos oder einfach nur effizienteren Modellen beobachten. Die Verantwortung für eine ökologische Transportmöglichkeit wird damit den Konsumenten überlassen und die Hersteller können öffentlichkeitswirksam zur Schau stellen, dass sie etwas zum Umweltschutz beitragen.

Einerseits ist es natürlich zu befürworten, dass weniger Treibstoff verbraucht wird, aber es sollte nicht übersehen werden, dass die Produktionsweise und der Ressourcenverbrauch gleich bleiben. Andererseits ist das Energieproblem an sich noch nicht gelöst, sondern die Problematik nur hinausgezögert, denn die Verkehrsmittel verbrauchen immer noch Öl oder Gas, auch wenn es weniger ist, oder eben Strom, bei welchem keine Garantie besteht, auf welche Weise er produziert wurde, ob durch Atomkraftwerke, durch Verbrennungskraftwerke oder aber durch Solar- oder Windkraftwerke.

Während sich manch ein Politiker kurzzeitig öffentlich dem Kampf mit der Atom-Lobby stellt, propagieren die Grünen in Österreich den Umstieg auf sogenannte Ökostromanbieter. Dies soll »unsaubere Stromanbieter«, wie zum Beispiel die landeseigenen Kärntner und Tiroler Energiekonzerne KE-LAG und TIWAG oder aber die Verbund AG, unter Druck setzen und sie durch den möglichen Verlust von KundInnen davon überzeugen, dass Energie aus fossilen Brennstoffen oder Atomenergie-Importe aus Nachbarländern entgegen gewirkt werden muss. Parallel dazu sprechen sie sich für erhöhte Förderungen von Solaranlagen aus.

Ein weltweiter Atomausstieg ist nur möglich, wenn Alternativen zur aktuellen Energiegewinnung aufgezeigt werden. Vor allem muss der Tendenz entgegengewirkt werden, dass die fossilen Brennstoffe wieder als wesentliche Energiequel-

le herangezogen werden. Wenn der Wechsel zu alternativen Stromanbietern in der Verantwortung der KonsumentInnen liegt, würde das bedeuten, dass vor allem durch das Konsumverhalten das Angebot durch die Nachfrage lenkbar wäre.

Die Verantwortung für solche Entscheidungen darf jedoch nicht einzelnen überlassen werden, und vor allem nicht von der Finanzkraft einzelner abhängig sein. Es wäre auch ein großer Fehler, die Politik aus der Verantwortung zu nehmen, indem man sie auf eine reine Förderungsinstitution reduziert. Es bedarf eines Plans, der eine globale Strategie unter Einbeziehung möglichst aller Staaten verfolgt. Der Umstieg auf private Anbieter würde zu einer Schwächung der zumeist landeseigenen oder staatsnahen Elektrizitätskonzerne führen, welche eigentlich eine zentrale Rolle in einer nachhaltigen Energiepolitik spielen müssten.

Eine ökologische Zukunft in die Hände von privaten, gewinnorientierten Unternehmen zu legen und darauf zu hoffen, dass so eine globale Wende herbeigeführt wird, ist überdies mehr als unrealistisch. Die Katastrophe in Japan zeigte auch, wohin es führen kann, die Kontrolle für notwendige und lebensstandarderhaltende Energie einem einzelnen Konzern zu überlassen. Man vertraute eine risikoreiche Technologie einem Unternehmen an, ohne für entsprechende Kontrollen zu sorgen.

AUSSTIEGS- UND UMSTIEGSSZENARIO

Während in Deutschland der lachhaft »schnelle Ausstieg« aus der Atomkraft mit 2022 festgesetzt und mit Versorgungssicherheit und natürlich der Möglichkeit der Amortisierung der Investitionen für die Betreiberfirmen argumentiert wurde, bleiben andernorts wie zum Beispiel in Vietnam, die Pläne für einen nationalen Atomeinstieg unverändert. Tschechien plant in den nächsten Jahren einen massiven Ausbau ihrer Versorgung mit Atomenergie. Doch global gesehen befindet sich Atomkraft seit Jahren auf dem Rückzug. Nur 13% der weltweiten Stromproduktion stammt aus Atomkraftwerken,

was wiederum nur 2% des gesamten Endenergieverbrauchs entspricht. Weltweit gibt es 432 aktive Reaktoren, 65 in Konstruktion, viele davon bereits seit Jahren bis Jahrzehnten. In den nächsten 15 Jahren werden um ca. 190 AKWs vom Netz gehen, was unterstreicht, dass global gesehen die Atomenergie kein erhaltender Faktor für den Strommarkt ist und die Tendenz sinkt. Häufig auftretende Problemen wie Mangel an Fachkräften, fehlende Ausbildungszweige, Pensionierungen und fehlende Produktionsmöglichkeiten von Kraftwerkselementen deuten auf ein mögliches Ende der Atomzeit hin. Ein primär europäischer Atomausstieg sollte nicht weiter hinausgezögert werden, vor allem um alternative technologische Entwicklungen voranzutreiben. Selbst wenn der Ausbau alternativen Energiezweige forciert wird, so sind die Industrieländer noch weit davon entfernt, in den nächsten Jahrzehnten ihren Umweltverbrauch massiv zu verringern.

Ein Paradigmenwechsel ist von größter Bedeutung. Es muss der Bevölkerung des reichen Nordens klar vermittelt werden, dass unsere Lebensweise unsere Lebensräume bedroht. Es kann also keine Lösung sein, das derzeitige System herzunehmen und es in einen »grünen Kapitalismus«, mit einer nachhaltigen Industrie umzuwandeln. In aller erster Linie muss man sich bewusst werden, dass es Einschnitte benötigt, und dass diese nicht wie so oft gehört, von den Entwicklungsländern mitgetragen werden müssen, sondern dass es im Verbrauch eine Annäherung der Länder geben muss. So muss der Energie- und Ressourcenverbrauch nicht nur gesenkt, sondern auch weltweit zwischen den Länder fair verteilt werden. Ähnlich den globalen Statistiken, wo sich zeigt, dass der Verbrauch in den Industrieländern höher liegt als in Entwicklungsländern, spiegelt sich der Sachverhalt bei Einkommensunterschieden ab.

In Österreich geben einkommensstärkere Menschen mehr Geld für Mobilität und Konsum aus, damit tragen sie weitaus mehr Verantwortung am CO₂-Ausstoß und dem daraus resultierenden Klimawandel. Auf der anderen Seite haben wir be-

9. Diese Vorschläge wurden von der Arbeiterkammer Oberösterreich im Juli 2011 veröffentlicht. Nachzulesen auf: <http://www.arbeiterkammer.com/online/energiearmut-62185.html>

reits jetzt rund 300000 Menschen, welche von Energiearmut betroffen sind, sich keine ausreichende Stromversorgung und im Winter genügende Beheizung leisten können, nachdem die Preise für Strom und Gas im letzten Jahrzehnt stark gestiegen sind. Dass der Energieverbrauch in reicheren Haushalten dennoch höher liegt, würde die Einführung progressiver Verrechnungsmodelle nahe legen, bei denen geringer Verbrauch entlastet wird und die Einnahmen für überdurchschnittlichen Verbrauch für Maßnahmen zur Energiereduktion in ärmeren Haushalten herangezogen werden sollte.⁹ Sogar die subventionierte Errichtung einer Photovoltaikanlage werden sich von Energiearmut betroffene Menschen wohl kaum leisten können.

EIN MÖGLICHER WANDEL?

Ob ein Wandel nun als Green New Deal mit sozialem Blickpunkt oder als sozial-ökologischer Umbau bezeichnet wird, ist an dieser Stelle nebensächlich, von Bedeutung ist plakativ formuliert: die Umsetzung konkreter Maßnahmen weg von der Atomenergie und jeglichen fossilen Energieträgern hin zu erneuerbaren Energieformen. Ein Ziel sollte neben der Senkung des Energieverbrauchs und der effizienteren Nutzung auch das Streben nach Energieautonomie sein. Österreich ist in den letzten Jahren aufgrund des steigenden Energieverbrauchs und der fehlenden Gegenmaßnahmen immer mehr von seinen Nachbarländern abhängig geworden. Das soll aber nicht bedeuten, dass Verbindungen gekappt werden sollten, da bei Verbrauchsspitzenwerte ein möglichst weitläufiges Netz weitaus effektiver ist.

Die energiepolitischer Wandel, darf auch nicht nur von ökologischen Gründen motiviert sein, sondern muss auch soziale Gesichtspunkt beinhalten, da solche Reformen auch Konsequenzen für einkommensschwache Menschen haben. Doch egal welche Maßnahmen gesetzt werden, um dem Klimawandel entgegenzuwirken, sie können nur von Erfolg gekrönt sein, wenn sie von der Bevölkerung mitgetragen werden, was wiederum nur möglich ist wenn die Beweggründe

für alle klar sind. Besonders ein wirtschaftlicher Wandel weg von Wachstumsorientierung bedarf einer breiten, unterstützenden Mehrheit. Eine Möglichkeit der staatlichen Lenkung wären zum Beispiel Qualitätskriterien zu beschließen, unter welchen in Österreich produziert werden darf, bzw. für Produkte im Handel. Abweichungen von diesen Kriterien, weite Transportwege, Produktionsverhältnisse, Lebensdauer und Verbrauch bei technischen Geräten sollten eine Besteuerung zur Folge haben, und vor allem zu einer sichtbaren und für die KonsumentInnen verständlichen Kennzeichnung der Produkte. Extrem hohe Abweichungen könnten sogar zu einem gänzlichen Verkaufsverbot führen.

Die Chance eines ökonomischen Wandels besteht am ehesten in Europa, teils aufgrund der politischen Situation, teils aufgrund der historisch gewachsenen Grünenbewegung. Für eine starke weltpolitische Rolle ist aber eine viel stärkere Einigkeit vonnöten, als sie zur Zeit durch die Lösungsfindung für staatliche Pleiten zur Schau gestellt wird. Aber eine zentrale Rolle könnte Europa bereits jetzt einnehmen, indem es internationalen Abkommen zum Klimawandel seine starke Unterstützung zukommen lässt. Es muss verhindert werden, dass weitere Klimagipfel so desaströs enden wie die Weltklimakonferenz 2009 in Kopenhagen.

In einer nachhaltigen Änderung müssen die Grenzen des Wachstums anerkannt werden und dementsprechend gehandelt werden. Dies könnte bedeutet, dass Staaten nicht mehr konkurrenzfähig sind, und die Bevölkerung mit gewissen ökonomischen Einschnitten rechnen muss. Fehlendes Wirtschaftswachstum, möglicherweise sogar eine gezielte Rückentwicklung, heißt nicht unbedingt ein Sprung zurück in eine vorindustrielle Zeit. Technologien und Wissen gehen auf Dauer nicht verloren, sondern werden hoffentlich sinnvoller genutzt. Nahrungsmittel in verschwenderischem Überschuss zu produzieren, Leuchtreklamen an jeder Ecke bei Tag und Nacht, Früchte von der anderen Seite des Globus zu jeder Jahreszeit und Individualverkehr trotz guter Nahversorgung

– wenn man auf derartige Probleme eine Antwort gefunden hat, dann wird sich auch nicht mehr die Frage stellen, Atomenergie ja oder nein, sondern man wird sich die Frage stellen können, wozu man überhaupt so viel Energie produziert. 🍷

RUBEN MÖRTH

absolviert derzeit sein Master-Studium an der Technischen Universität Wien und ist im Vorstand der Sozialistischen Jugend Wien für das Ressort Ökologie zuständig. Als Teilnehmer referierte er beim Kongress »Momentum 2011 – Gleichheit«.

Literaturverzeichnis

Weniger Wachstum = Mehr Glück, Robert Hickel, Blätter für deutsche und internationale Politik, 4/2011 | **Atomausstieg jetzt**: Die Zeit ist reif, Hermann Scheer, Blätter für deutsche und internationale Politik, 4/2011 | **Atomenergie - Renaissance oder Talfahrt?**, Lutz Mez, Rosa Luxemburg Stiftung Standpunkte 31 / 2011 | **50 Jahre sind genug!** Österreich raus aus EURATOM!, Hintergrundpapier der Pressekonferenz am 17. Jänner 2007 | **Fair Future** - Ein Report des Wuppertal Instituts, Verlag C.H.Beck 2006 | **Tschernobyl-Opfer** - Gezerre um die Strahlentoten, Stefan Schmitt, Spiegel.de 18.04.2006 | **Klimawandel im Nord-Süd-Konflikt**, Markus Wissen, Die Zukunft 06/2011 | **Klima und Verteilungsgerechtigkeit**, Martin Schenk, Kurswechsel 2/2010 | **Der Uranschock**, Wolfgang Hassenstein, greenpeace magazin 5.07 | **Reichweite der Uran-Vorräte der Welt**, Peter Diehl, Januar 2006 | **Vom guten Leben**, Mario Candeias, Rosalux 2-2011 | **Risse im Block**, Ulrich Schachtschneider, Rosalux 2-2011 | **Strom ist genug da**, Bernd Brouns, Rosalux 2-2011 | **Acht Meiler geplant**, Nadja Charaby, Rosalux 2-2011 | **CO₂-Ausstoß** – Klimabilanz der Kraftwerke, Von Christopher Schrader. 08.03.2007

Das Ziel kennen und den Weg finden

Am 27. Oktober hat der Bund sozialdemokratischer AkademikerInnen, Intellektueller und KünstlerInnen (BSA) sein Bildungsmanifest vorgestellt. BSA-Präsident Andreas Mailath-Pokorny erklärt, warum grundlegende programmatische Positionierungen essentiell für erfolgreiche sozialdemokratische Politik sind. Im Anschluss daran dokumentiert er das neue Bildungsmanifest des BSA.

Die Kernaufgabe der Politik ist die Umsetzung politischer Überzeugungen in konkrete Maßnahmen. Wie dies am besten zu erreichen ist, ist Gegenstand ständiger, mit Leidenschaft geführter Diskussionen. Als gegenüberstehende Pole der Diskussion könnten die Titel zweier Bücher gelten, die beide von sozialdemokratischen PolitikerInnen verfasst wurden. Auf der einen Seite steht Alfred Gusenbauers »Wege entstehen im Gehen«, auf der anderen Seite »Wer das Ziel nicht kennt, wird den Weg nicht finden« von Barbara Prammer. Dabei braucht es beides: Eine klare Vorstellung von der Gesellschaft, auf die man hinarbeitet, und die Fähigkeit, diese Vision schrittweise mit Rücksicht auf die jeweilige Situation umzusetzen.

Die Aufgabe des BSA als sozialdemokratische Plattform für intellektuellen Diskurs liegt freilich vor allem in ersterem Bereich: Der Formulierung von Visionen für eine sozialdemokratische Gesellschaft. Darum hat der BSA über mehrere Monate im Rahmen von inhaltlichen Veranstaltungen und zahlreichen Diskussionsrunden unter Einbeziehung vieler interessierter Mitglieder und FunktionärInnen ein Bildungsmanifest erarbeitet, in dem wir unsere Vorstellung eines sozialdemokratischen Bildungssystems formulieren.

Ein solcher Prozess bietet Raum für Diskussionen, die im verkürzten und zugespitzten medialen Schlagabtausch nicht möglich sind. So gehen wir auch auf den eminent wichtigen, aber selten diskutierten Bereich der Erwachsenenbildung ein, da die Forderung nach lebenslangem Lernen eine zwingende Konsequenz unseres Grundverständnisses von Bildung als höchstem gesellschaftlichem Gut ist.

Das BSA-Bildungsmanifest soll eine Leitlinie für sozialdemokratische Bildungspolitik sein. Die grundlegende Auseinandersetzung mit den eigenen Werten und Zielen ist für die Sozialdemokratie nicht nur wichtig, sondern überlebensnotwendig. Durch Diskussion und Reflexion entstandene und geschärfte Positionen sind eine notwendige Voraussetzung, um im politischen Diskurs die eigenen Ziele nicht aus den Augen zu verlieren. Wenn sich etwa die öffentliche Debatte um die Hochschulpolitik nur noch um die Frage der Studiengebühren dreht, so ist es selbstverständlich notwendig, klarzustellen, dass ein kostenpflichtiges Studium keinesfalls mit unseren Grundwerten vereinbar ist und sich zudem auch noch negativ auf die Studierendenzahlen auswirkt, und somit die ohnehin zu niedrigen AkademikerInnenzahlen noch weiter senkt.

Genau so wichtig ist aber, das große Ziel der freien, hochqualitativen Wissenschaft und Lehre im Auge zu behalten und unermüdlich für die ausreichende Finanzierung sowie dafür zu kämpfen, dass Bildung in unserer Gesellschaft den Stellenwert bekommt, den sie verdient. Das Durchhaltevermögen, die Hartnäckigkeit, die für die Erreichung eines solchen langfristigen Zieles notwendig ist, kann man nur entwickeln, wenn die eigenen Ziele auf einem Fundament des profunden Diskurses aufgebaut sind. Dadurch wird das Bewusstsein für die Sinnhaftigkeit und Notwendigkeit der eigenen Ziele gestärkt und man kann sich des Rückhalts all jener, die an der Bildung der Positionen mitgewirkt haben, sicher sein.

Die Schaffung eines solchen Fundaments ist die Aufgabe des BSA, und das Bildungsmanifest ist nur ein erster Schritt. In Zukunft wollen wir uns mit weiteren gesamtgesellschaftlichen

Themenbereichen auseinandersetzen und so dazu beitragen, sozialdemokratischen Positionen etwas von der Präzision, Schärfe und Strahlkraft zurückzugeben, die sie manchmal so schmerzlich vermissen lassen.

DAS BILDUNGSMANIFEST DES BSA

Bildung war und ist stets ein zentrales Thema der österreichischen Sozialdemokratie. Alle wesentlichen Innovationen auf diesem Gebiet gehen auf sozialdemokratische Initiativen zurück. Es geht um Bildung für alle – unabhängig von Herkunft, Geschlecht oder sozialem Background. Es muss daher zentrales sozialdemokratisches Anliegen sein, die soziale Selektion im Bildungsbereich abzubauen und Hürden beim Bildungszugang zu beseitigen.

Gerade auch für den BSA, der sich als Plattform Intellektueller und AkademikerInnen sieht, muss Bildung eine übergeordnete Rolle einnehmen. Wir haben uns daher als BSA dazu entschlossen, das Thema Bildungspolitik zu unserem Jahresschwerpunkt zu machen. Auf Basis der bereits im BSA bestehenden bildungspolitischen Positionierungen stellt das vorliegende Bildungsprogramm des BSA eine umfassende Positionierung zum Bildungsbereich dar. Ziel ist es, ein Konzept vorzulegen, das den gesamten Bildungsbereich abdeckt – von der Kinderbetreuung über die Schule und Hochschule bis hin zur Erwachsenenbildung.

Wir wollen ein leistungsstarkes und chancengerechtes Bildungssystem, das alle Begabungen erfasst und fördert, Benachteiligungen ausgleicht und dadurch Chancengleichheit anstrebt, lebensbegleitendes Lernen ermöglicht und ein hohes Maß an Durchlässigkeit aufweist, so dass eine entwicklungsadäquate Bildungsflexibilität gegeben ist. Dieses Bildungssystem muss emanzipatorisch wirken, eigenständiges Handeln lehren und ermöglichen und dadurch zur Demokratie erziehen. Die angeführten Zielsetzungen müssen sich auf allen Ebenen des Bildungssystems auswirken und erfordern daher einen längerfristigen Zeitplan in der Umsetzung. Im Zent-

rum des Bildungssystems müssen dabei die Schülerinnen und Schüler mit ihren Bedürfnissen stehen.

Die Vermittlung von Bildung ist Grundaufgabe der Gesellschaft, die deshalb vom Staat und öffentlichen Institutionen durchzuführen ist. Erstabschlüsse bis inklusive des tertiären Sektors sind daher aus öffentlichen Mitteln und grundsätzlich ohne Kostenbeiträge der Betroffenen zu finanzieren.

1. Kindergarten – Vor-Schulische Bildung:

Der Kindergarten muss als wichtige Bildungseinrichtung verstanden werden. Die frühkindliche Förderung bildet dabei die Basis für den weiteren Bildungsweg und sollte von Anfang an die Freude am Lernen schaffen. Der Kindergarten darf daher nicht länger als reine Betreuungsinstitution, sondern sollte als Bildungsinstitution der ersten Stufe gesehen und auch von der breiten Öffentlichkeit als solche wahrgenommen werden. Das verpflichtende, gebührenfreie Kindergartenjahr war in diesem Zusammenhang ein wichtiger Schritt, dem aber noch weitere folgen müssen:

Maßnahmen:

- Flächendeckender Ausbau der Kinderbetreuungseinrichtungen.
- Flächendeckender Besuch des Kindergartens ab dem 3. Lebensjahr.
- Flächendeckendes Angebot an Kindergartenplätzen ab dem 1. Lebensjahr.
- Aufwertung und Verbesserung der Vorschulerziehung und Frühkindpädagogik durch:
 - * Vertiefung und Erweiterung des »Bildungsplans für den Kindergarten« – etwa um wirksame Maßnahmen zur gezielten Sprachförderung,
 - * höheren Anteil von akademisch gebildeten FrühkindpädagogInnen,
 - * bessere Bezahlung bei höheren Anfangsgehältern und
 - * einen höheren Männeranteil.
- Investitionsschub in den Kindergarten für kleinere Gruppen (max. 15)

2. Primar- und Sekundarstufe I

Gemeinsame Schule der 6–14-jährigen

Die soziale Selektion im Bildungsbereich gehört dringend beseitigt, denn Leistung, nicht Herkunft muss zählen. Der wichtigste Schritt in diesem Zusammenhang ist eine gemeinsame Schule aller 6–14-jährigen. Sie soll zur besseren individuellen Förderung der Schülerinnen und Schüler und zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie als Ganztagschule geführt werden – mit entsprechend gestalteten und über den Tag verteilten Lern-, Freizeit- und Outdoormöglichkeiten, LehrerInnenarbeitsplätzen und einem Unterstützungssystem durch Einsatz neuer Berufsgruppen (z. B. FreizeitpädagogInnen, SchulpsychologInnen). Das trägt nicht nur zur besseren Vereinbarkeit bei, sondern ist pädagogisch sinnvoll. JedeR SchülerIn soll täglich ein kostenloses, warmes Mittagessen bekommen.

Der Unterricht ist auf die Interessen und bestmögliche Entwicklung aller Begabungen auszurichten, d. h. Förderung von Stärken und Ausgleich von Schwächen. Auch Kinder mit besonderen Bedürfnissen bzw. sonderpädagogischem Förderbedarf sollen gerechte Bildungschancen erhalten und integriert werden.

3. Sekundarstufe 2 und Berufsbildung

Nach der Sekundarstufe 1 soll durch eine verbesserte, flächendeckende Ausbildungsgarantie bis zum 18. Lebensjahr eine Bildung/Berufsbildung für alle gesichert werden. Die Qualität und das Ansehen der Lehrausbildung soll erhöht werden. Die Lehre mit Matura war in diesem Zusammenhang ein wichtiger Schritt.

Maßnahmen:

- Die Lehrbetriebe müssen stärker in die Verantwortung genommen werden. Dabei muss es auch zu einer verstärkten Kontrolle der Lehrbetriebe auf Einhaltung der Ausbildungsvorschriften kommen – die betriebliche Qualitätssicherung

ist ein zentraler Punkt, der nicht vernachlässigt werden darf. Auch die Vergabe öffentlicher Förderungen an Lehrbetriebe muss an die Ausbildungsqualität gekoppelt sein.

- Die Durchlässigkeit zwischen Lehre und Schule muss durch bessere wechselseitige Anrechnung gestärkt werden.
- Die betriebliche Lehre mit Matura muss flächendeckend und kostenlos angeboten werden.
- Individuelle Förderung der BerufschülerInnen, um gute SchülerInnen zu fördern und Schwächere zu unterstützen.
- Ausbau, Verbesserung und Intensivierung der Bildungslaufbahnberatung, damit die Jugendlichen die für sie optimale Bildungslaufbahnentscheidung treffen.

Die Sekundarstufe 2 soll ab der 10. Schulstufe in Form eines Kurssystems geführt werden. Dies bedeutet:

- Kein generelles Wiederholen von Schulstufen, sondern Fördermaßnahmen und individuelle Lernbegleitung beim Abschluss einzelner Semester.
- Ermöglichung eines individuelleren Bildungsweges.
- Anrechnungen von Semestern erleichtern auch den Wechsel von Schularten und schaffen damit eine größere Durchlässigkeit.
- Bessere sozial- und arbeitsrechtliche Absicherung bei Pflichtpraktika.

Gerade für das vielschichtige System der Sekundarstufe 2 ist ein verbessertes Fortbildungsangebot für alle LehrerInnengruppen notwendig, um wirklich alle PädagogInnen zu erreichen. Die Anrechnung bestimmter Gegenstände von BMHS-Abschlüssen in berufsbezogenen Studien muss erweitert und verbessert werden (UNI, FH, usw.).

4. Schulalltag

Das Motto im Schulbereich muss sein: Stärken stärken und Schwächen schwächen. Aus diesem Grund ist es wichtig, SchülerInnen nicht durch die Angst vor schlechten Noten zu motivieren, sondern durch spannende Unterrichtsmethoden und interessante Inhalte. Daher muss man vom vielerorts

noch immer vorherrschenden reinen Frontalunterricht weggelassen. Die in den Lehrplänen empfohlenen unterschiedlichsten Unterrichtsmethoden, wie etwa projektorientiertes Arbeiten, Gruppenarbeiten, Exkursionen, wissenschaftliche Arbeiten, Referate, etc. müssen in einem viel höherem Maß, als das bis jetzt der Fall ist, sinnvoll eingesetzt werden. Das fördert nicht nur die Teamfähigkeit und Selbstständigkeit der SchülerInnen, sondern weckt auch leichter ihr Interesse. Darüber hinaus spricht sich der BSA für ein Team-Teaching zumindest in den Hauptfächern, wie es bereits in der Gemeinsamen Mittelschule üblich ist, aus. So können SchülerInnen besser individuell gefördert werden.

Darüber hinaus sollten Unterstützungssysteme an Schulen eingeführt werden: SchulpsychologInnen, SchulsozialarbeiterInnen, speziell ausgebildete Förderlehrkräfte, speziell ausgebildete FreizeitpädagogInnen. Außerdem sollte ein mittleres Management an Schulen eingeführt werden.

Ziffernnoten in der heutigen Form sollten in der Volksschule und der Sekundarstufe 1 abgeschafft und durch ein Feedbacksystem abgelöst werden. Durch ein regelmäßiges mündliches Feedback könnten die SchülerInnen frühzeitig wissen, wo ihre Stärken und Schwächen liegen, um so besser an sich und ihren Fähigkeiten arbeiten zu können. Zusätzlich soll es am Ende jedes Semesters ein schriftliches Feedback als Zeugnisersatz geben, das die Fähigkeiten des/der SchülerIn im jeweiligen Fach beschreibt. Nur so kann gewährleistet werden, dass nicht Angst, sondern Interesse die SchülerInnen zu besseren Leistungen motiviert.

Ziel muss es sein, Geschlechtergerechtigkeit und Geschlechtersensibilität im Unterricht zu stärken und Mädchen auch für derzeit männerdominierte Berufe zu begeistern – insbesondere gilt das für den naturwissenschaftlichen und technischen Bereich. Daneben sollte auch das Interesse von Burschen für frauendominierte Berufe geweckt werden.

5. Mehr Demokratie wagen

Neben der fachlichen Ausbildung muss die Schule auch emanzipatorisch wirken und zur Demokratie erziehen. SchülerInnen sollten zu mündigen Menschen erzogen werden und über die demokratischen Prinzipien unserer Republik Bescheid wissen, sowie sich zeitgeschichtlich und politisch bilden. Aus diesem Grund spricht sich der BSA für einen Ausbau der politischen Bildung und des zeitgeschichtlichen Unterrichts aus. Die Entwicklung sozialer Kompetenzen und die Sensibilisierung für benachteiligte und diskriminierte Gruppen dürfen im Unterricht nicht vernachlässigt werden.

Daneben soll aber auch die aktive, gelebte Demokratie an den Schulen nicht zu kurz kommen, weshalb sich der BSA für den Ausbau der Mitbestimmung für SchülerInnen einsetzt. Ein wichtiger Punkt in diesem Zusammenhang ist die Einführung der Direktwahl der LandeschülerInnenvertretung (LSV), der BundeschülerInnenvertretung (BSV) und der Unterstufen-SchülerInnenvertretung. Nur durch eine Direktwahl ist gewährleistet, dass die SchülerInnen schon in jungen Jahren dazu ermutigt werden, ihre demokratischen Grundrechte zu nutzen und sie zur politischen Teilhabe zu motivieren.

Auch die Einführung eines Klassenrates wäre notwendig. Der Klassenrat sollte in allen Unterrichtsfächern tagen und besteht aus den SchülerInnen einer Klasse und dem/der LehrerIn des jeweiligen Faches. Der Klassenrat soll bei der Setzung der Themenschwerpunkte im jeweiligen Fach und den Unterrichtsmethoden mitentscheiden können. Nur so können SchülerInnen stärker mitbestimmen und ihren Interessen entsprechende Inhalte festlegen. Außerdem wird dadurch ein partnerschaftliches SchülerInnen-LehrerInnen-Verhältnis erzeugt.

Zusätzlich zu Klassenräten sollte mindestens einmal pro Semester eine SchülerInnenvollversammlung tagen, bei der alle SchülerInnen einer Schule Stimmrecht haben und daher bei Themen, die ihre Schule betreffen, mitentscheiden kön-

nen. Dabei soll etwa über schulspezifische Fragen, wie Schulversuche, diskutiert werden, aber auch über überschulische Themen, wie etwa über Gesetzesänderungen im Bildungsreich. SchülerInnen dürfen keine Nachteile erfahren, wenn sie ihr demokratisches Grundrecht des zivilen Ungehorsams in Anspruch nehmen.

All diese Formen der Mitbestimmung müssen darüber hinaus auch auf den Pflichtschulbereich ausgeweitet werden, denn bereits ab der ersten Klasse Volksschule sollten SchülerInnen Mitbestimmung und Demokratie erlernen und aktiv leben. Darüber hinaus sollte auch für den Pflichtschulbereich eine landes- und bundesweite Vertretung eingeführt werden.

Auch die Mitbestimmung der Eltern für die Schule ist ein zentrales Element von modernen Schulen. Die Vertretung der Kinder und Jugendlichen durch die eigenen Eltern führt dazu, dass eventuelle Ungerechtigkeiten auch kommuniziert werden können. Die verstärkte Mitbestimmung in den Schulgremien und die Mitsprache in der bildungspolitischen Diskussion können gewährleisten, dass die Interessen der Eltern und der Familien im täglichen Schulalltag nicht vergessen werden. Ein starker Elternverein unterstützt nicht nur sozial schwache Schülerinnen und Schüler, sondern kann auch ein Sprachrohr der Gesellschaft im System Schule sein.

6. Universität, FH - Tertiärer Sektor

Ziel der Reformen im tertiären Sektor ist ein kostenloser, offener Hochschulzugang auf allen Ebenen, eine Erhöhung der AkademikerInnenquote auf internationale Standards und eine Verbesserung der Studienbedingungen und der Qualität der Studien mit dem Ziel der Senkung der Drop-Out-Raten. Die Durchlässigkeit, sowohl zwischen den einzelnen Hochschultypen, als auch innerhalb eines Hochschultyps, muss massiv gesteigert werden.

Ein weiteres Ziel ist der kontinuierliche Ausbau der Forschungsleistung zur Sicherung des Wirtschaftsstandor-

tes Österreich. Darüber hinaus sollte ein Österreichischer Hochschulplan erstellt werden. Dieser sollte sowohl eine kontinuierliche Vermehrung der Studienplätze umfassen, als auch eine Verbesserung der Betreuungsrelationen der Studierenden durch erhöhten Personaleinsatz und inhaltliche Schwerpunktsetzungen zur besseren Koordination der Lehr- und Forschungsleistung in Österreich.

Auch Bildung und Ausbildung im tertiären Sektor müssen zur Ausbildung eines demokratischen und solidarischen Menschenbildes beitragen, deswegen sind demokratische Partizipations- und Entscheidungsmöglichkeiten umfassend wieder auszubauen.

Maßnahmen:

- Stufenweise Erhöhung der Budgetmittel für Universitäten und Hochschulen auf 2 Prozent des BIP bis 2015 mit studienplatzbezogenen Leistungsvereinbarungen.
- Studienplatzbezogene Finanzierung der Universitäten analog zu den FHs nach einem Preismodell.
- Sondermittel für die Beseitigung der ärgsten Defizite, z. B. für die explosionsartige Zunahme der Studierenden in den letzten Jahren in manchen Fächern, sowie bauliche Sanierungen.
- Politische, europäische Lösung besonderer Studienzugangsprobleme in einzelnen Studienrichtungen, wie sie insbesondere durch deutsche StudienbewerberInnen, die in Deutschland nicht studieren können («Numerus Clausus-Flüchtlinge»), entstehen.
- Ausbau der Studieninformation in der Sekundarstufe 2 und zwar sowohl an Schulen als auch durch die Universitäten selbst (für SchülerInnen verständliche Informationen über Studienmöglichkeiten, Übersichten, dazugehörige Berufsbilder und Berufschancen fehlen derzeit).
- Bessere soziale Absicherung der Studierenden durch Ausweitung des Stipendienwesens samt Erhöhung der Stipendien, echter Inflationsanpassungen und Erweiterung des BezieherInnenkreises.

- Redemokratisierung der Universitäten durch Einführung eines Faculty-Modells und verstärkte studentische Mitbestimmung im Senat und in Kollegialorganen mit Beschlussrecht unterhalb der Senatsebene sowie Wiedereinführung der Direktwahl der Bundesvertretung der Österreichischen HochschülerInnenschaft.
- Als einzig demokratisch strukturiertes Gremium müssen dem Senat wieder die zentralen Entscheidungskompetenzen innerhalb der Universitäten übertragen werden. Auch eine Demokratisierung innerhalb der Fachhochschulen ist anzustreben.
- Massiver Ausbau von Graduiertenschulen und strukturierten Doktorats- und Masterprogrammen zur Verbesserung und Sicherung des Forschungsstandortes Österreichs.
- Weiterer Ausbau des FH-Sektors durch einen mittelfristigen Ausbauplan.
- Beteiligung der Studierenden auch an der Forschungspraxis auf allen Ebenen des Studiums.
- 1.000 neue Stellen für NachwuchsforscherInnen (Postdocs) im öffentlichen Forschungssystem, vor allem an den Universitäten, sowie eine strukturierte und geordnete Steigerung der verfügbaren Studienplätze verbunden mit einem Ausbau- und Standortkonzept für ganz Österreich.
- Faculty-Modell für Universitätslehrende ab dem Doktorat oder gleichzuhaltender Eignung und flachere Hierarchien.
- Sicherung der Vielfalt und Breite der Forschungslandschaft durch Basisfinanzierung statt Kahlschlag bei der außeruniversitären Forschung und Weiterführung der Förderung wissenschaftlicher Druckwerke und Zeitschriften.
- Konkretisierung der beschlossenen »Forschungsstrategie« sowie Veröffentlichung eines Finanzierungsplanes in Hinblick auf die geplante Erhöhung der Forschungsausgaben von 2,76 Prozent auf 3,76 Prozent des BIP.
- Attraktivierung der Forschungskarrieren von Frauen mit dem Ziel einer deutlichen Erhöhung des Anteils der Frauen im öffentlichen und privaten Sektor.
- Verbesserung der Chancen für höhere Bildungsabschlüsse und wissenschaftliche Karrieren für Menschen mit

Migrationshintergrund.

- Die Studienberechtigungsprüfung, als wichtige Möglichkeit, Menschen aus niedrigeren Bildungsschichten den Zugang zu Hochschulen zu ermöglichen, muss allen zugänglich sein, auch allen Drittstaatsangehörigen.

7. Erwachsenenbildung

Das grundlegende Bedürfnis und auch der Bedarf nach lebensbegleitendem Lernen sind gegeben. Der Ausbau entsprechender Angebote ist eine wirtschaftliche und gesellschaftliche Notwendigkeit. Dabei sehen wir es als zentral an, dass kürzlich beschlossen wurde, ein flexibles, erwachsenengerechtes und kostenloses System zum Nacherwerb von Berechtigungen ein Leben lang vorzusehen. Kostenlos sollte zumindest der erste Versuch des Nacherwerbs des Abschlusses bis inkl. Master sein:

- Reifeprüfung (AHS und BHS)
- Berufsreifeprüfung
- Abschlüsse mit 14 Jahren
- Berufsabschlüsse

Die Erwachsenenbildung erfordert eine spezifische pädagogische Ausbildung, auf die auch die LehrerInnenausbildung durch Ausformung spezifischer Curricula für die Erwachsenenbildung adaptiert werden muss.

Maßnahmen:

- Die momentan befristet geltenden Regelungen beim Zugang zur Bildungskarenz sollte dauerhaft eingeführt werden. Außerdem sollte ein Rechtsanspruch auf Bildungskarenz auch in Zeiten von Arbeitslosigkeit geschaffen werden.
- Zusätzlich sollte ein Rechtsanspruch auf Weiterbildung in der Arbeitszeit bei Entgeltfortzahlung von mindestens einer Woche bestehen. Unternehmen sollten dabei stärker in die Pflicht genommen werden, was Weiterbildung auch nach der Karenz betrifft.
- Die Schaffung eines Qualifizierungsstipendiums für außeruniversitäre Ausbildungen sollte geschaffen werden,

die Schulbeihilfe für SelbsterhalterInnen oder berufstätige SchülerInnen angehoben werden.

8. Ausbildung der LehrerInnen und PädagogInnen, Dienstrecht

Es ist eine einheitliche Zuständigkeit des Bundes für alle LehrerInnen zu schaffen. Parallel dazu sollte es eine Anpassung der LehrerInnenausbildung geben, d.h. alle LehrerInnen (Volksschule, Sekundarstufe 1 und 2) sollten auf universitärem Niveau mit Master (auch stufenweise – Bachelor und Master berufsbegleitend z.B. in Form von Fortbildungswochen innerhalb von 5 Jahren möglich) ausgebildet sein.

KindergartenpädagogInnen sollen in Angleichung zum Großteil der europäischen Länder zukünftig weitgehend auf der tertiären Ebene ausgebildet werden. Die BAKIP (Bildungsanstalt für Kindergartenpädagogik) soll als erste Stufe der Ausbildung der KindergartenpädagogInnen bestehen bleiben. Allerdings muss der BAKIP-Abschluss besser anrechenbar sein und der Umstieg in den tertiären Bereich erleichtert werden. Als tertiäre Ausbildungen sollen sowohl das Bachelor- wie auch das Masterstudium für diesen Bereich angeboten werden. Es ist anzustreben, dass der Großteil der KindergartenpädagogInnen eine tertiäre Ausbildung absolviert. Das Studium soll auch berufsbegleitend möglich sein.

Details zur LehrerInnenausbildung:

Der Praxisteil muss eine zentrale Stellung in der Ausbildung aller LehrerInnen einnehmen. Es soll, wie z.B. jetzt schon in der PflichtschullehrerInnen-Ausbildung, während des Studiums an Schulen unterrichtet werden. Im fachlichen Bereich muss das jetzige universitäre Niveau – allerdings deutlich besser angepasst an die Schulbedürfnisse – beibehalten werden.

Die pädagogischen Hochschulen sollten zu eigenständigen pädagogischen Universitäten ausgebaut werden. Kooperationsmodelle zwischen Pädagogischen Hochschulen und

Universitäten sind grundsätzlich keine Dauerlösung, sondern können nur Übergangsmodell zu einer einheitlichen universitären LehrerInnenausbildung sein. Für den Bereich der Sekundarstufe 2 muss ein flexibles und attraktives Ausbildungsmodell für QuereinsteigerInnen aus der Berufspraxis geschaffen werden.

9. Mehr Verantwortung am Schulstandort

Aus den bisher angeführten Maßnahmen für die vorschulische Erziehung und die Primar- und Sekundarstufe ergibt sich die Notwendigkeit der Flexibilisierung an den einzelnen Standorten. Es geht dabei um mehr Leistungs- und Leitungsverantwortung am Schulstandort. Das betrifft insbesondere:

- Ressourcen: Damit die Schulstandorte auf spezifische Herausforderungen reagieren können, müssen die zugeteilten Ressourcen auch flexibler als bisher verwendet werden können, z.B. KlassenschülerInnenhöchstzahl, Teilungszahlen, Gruppenbildung, Fördermaßnahmen. Außerdem sollte die Ressourcenzuteilung standortspezifische Besonderheiten (Anzahl der SchülerInnen aus bildungsfernen Schichten, Schulversuche usw.) berücksichtigen.
- Personaleinsatz: Mitspracherecht der Schulleitung bei der Anstellung von LehrerInnen, Flexibilisierung des Personaleinsatzes und weg von starren Strukturen.
- Pädagogische Maßnahmen: Mehr Flexibilität durch das Kurssystem in der Oberstufe und bei schulischen Schwerpunktsetzungen.

10. Resümee

All diese Punkte würden dazu führen, dass Bildung endlich den zentralen Stellenwert bekommt, den sie verdient hätte. Momentan ist ein sozialer Aufstieg durch Bildung meist noch immer nur die Wunschvorstellung. Wir sind jedoch der Meinung, dass Leistung, nicht Herkunft zählen muss. Bildung darf nicht länger vererbbar sein, sondern steht allen zu. Dabei muss Bildung insbesondere als staatlicher Auftrag wahrgenommen werden. ArbeiterInnenkinder und Kinder mit Migrationshintergrund sind im jetzigen System massiv benachteiligt und ha-

ben kaum Chancen, zu höherer Bildung oder gar einer hochschulischen Bildung zu kommen, denn Eliten reproduzieren sich. Es braucht also dringend ein klares, politisches Bekenntnis zu Bildung und eine ausreichende Finanzierung auf allen Ebenen des Bildungssystems. Nur so kann gewährleistet werden, dass jede und jeder unabhängig von Herkunft, Geschlecht oder sozialem Background Zugang zu Bildung hat.



ANDREAS MAILATH-POKORNY
ist BSA-Präsident und amtsführender Stadtrat
für Kultur und Wissenschaft in Wien.

Generationen, Kriege & Gewalt



Mark Mühlhaus und Ulrike Jensen
GENERATIONEN

Begleitet von kurzen Texten zeigen dieser Bildband Überlebende von Konzentrationslagern an den ehemaligen Orten ihres Leidens. Die Fotografien von Mark Mühlhaus regen dazu an, über die Weitergabe und die Zukunft des Erinnerens nachzudenken. In Ulrike Jensens Texten und den Aussagen von Überlebenden wird das Verhältnis der Generationen zueinander noch einmal auf besondere Weise lebendig.

DEUTICKE BEI ZSOLNAY, 320 Seiten, 20,50 Euro



Tom Koenigs
MACHEN WIR FRIEDEN ODER HABEN WIR KRIEG?

Tom Koenigs war 2006 und 2007 Leiter der zivilen UN-Mission in Afghanistan. Die Notizen über seine Erfahrungen waren ursprünglich nicht zur Veröffentlichung bestimmt und sind daher »undiplomatisch« geschrieben. Sehr kritisch schildern sie die eigenen Schwächen genauso wie die Freude des Diplomaten, dem mit unorthodoxen Methoden Erfolg beschieden ist.

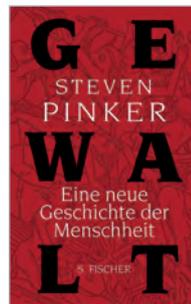
WAGENBACH, 268 Seiten, 20,50 Euro



Irene Schneider
DER ISLAM UND DIE FRAUEN

Die Autorin vermittelt einen lebendigen Einblick in die unterschiedlichen Lebenswelten von Frauen in der islamischen Geschichte und zeigt, welche Chancen Musliminnen heute haben, ihre Rollen selbstbewusst zu gestalten, sei es auf »westliche« oder auf »islamische« Weise. Zur Sprache kommt nicht zuletzt auch die Suche von Frauen nach einem im Westen lebbarer Islam.

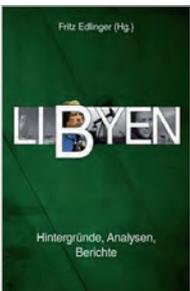
C. H. Beck, 288 Seiten, 15,40 Euro



STEVEN PINKER
GEWALT

Die Geschichte der Menschheit eine ewige Abfolge von Krieg, Genozid, Mord, Folter und Vergewaltigung? In seiner Geschichte unserer Zivilisation untersucht der Evolutionspsychologe Steven Pinker die Entwicklung der Gewalt. Er belegt anschaulich, dass die Menschheit dazulernt und Gewalt immer weniger als Option wahrgenommen wird.

S. FISCHER, 1216 Seiten, 26,80 Euro



Fritz Edlinger (Hg.)
LIBYEN

Das Ziel der Beiträge dieses Bandes ist es, wichtige Aspekte der jüngeren Geschichte Libyens zu analysieren, zentrale Merkmale der ethnischen, sozialen und wirtschaftlichen Situation zu charakterisieren, die Interessen verschiedener Machtzentren im Land und wichtiger externer Mächte zu beschreiben und mögliche Entwicklungsszenarien für die kommenden Jahre zu präsentieren.

PROMEDIA, 208 Seiten, 15,90 Euro



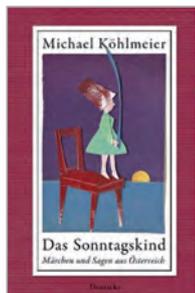
Christian Stöcker
NERD ATTACK!

Christian Stöcker, Ressortleiter Netzwelt bei Spiegel Online, beschreibt in seiner Geschichte der Netzkultur die Akteure der digitalen Szene und ihr Selbstverständnis, die Einflüsse von Film und fantastischer Literatur, die Auswirkungen der Digitalisierung auf Gesellschaft und Wirtschaft sowie die Auseinandersetzungen über den viel beschworenen digitalen Graben hinweg.

DVA, 320 Seiten, 15,50 Euro

Alle Bücher sind auch in der **Buchhandlung Löwelstraße** (1014 Wien, Löwelstraße 18; buchhandlung@spoe.at) erhältlich.

Sagen, Verschwörer & Wien



Michael Köhlmeier
DAS SONNTAGSKIND

Michael Köhlmeier spannt in dieser Sammlung einen weiten Bogen von ganz klassischen bis zu kaum bekannten Märchen und Sagen aus Österreich. Seine Nacherzählungen orientieren sich an ihren Vorbildern, entfernen sich oft weit von ihnen, schweifen ab, kehren zum Ausgangspunkt zurück oder auch nicht. Von Liebe und Verrat, Tränen und Tod wird erzählt – und davon, dass ein Ende auch ein Anfang ist.

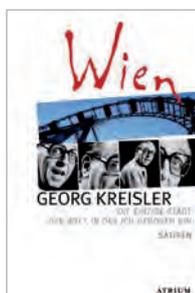
DEUTICKE BEI ZSOLNAY, 320 Seiten, 20,50 Euro



Lydia Davis
FORMEN DER VERSTÖRUNG

Lydia Davis ist »eine der stillen Giganten in der Welt der amerikanischen Literatur« (Los Angeles Times). Die Themen ihrer Kurzgeschichten sind vielfältig: von den Irritationen bei der Betrachtung eines Säuglings, über die Vorbereitungen, die Kafka für ein Abendessen mit Milena trifft, bis zur Untersuchung einer Reihe von Briefen einer Schulklasse aus dem Jahr 1952 an einen kranken Mitschüler.

DROSCHL, 280 Seiten, 22,- Euro



Georg Kreisler
WIEN

»Ich schrieb dieses Buch 1977, und 1987 wurde es von einem Wiener Verlag veröffentlicht und schnell wieder fallen gelassen. Ich freue mich sehr, dass der Atrium Verlag das Buch nun aus dem Donaukanal holt, in den es geworfen worden war.

Denn gerade in der heutigen Zeit tut es wohl, Wien näher kennenzulernen. Nicht, dass ich empfehlen würde, dort den Urlaub zu verbringen, ...«

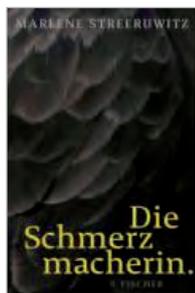
ATRIUM, 224 Seiten, 20,50 Euro



Siegfried Lenz
DIE MASKE

Ein Unwetter peitscht von der Nordsee über die Insel. Als die Menschen sich wieder an den Strand trauen, liegt dort eine große Kiste, im Sturm über Bord gegangen von einem Schiff der China Shipping Container Lines. Darin befinden sich Masken, bestimmt für das Völkerkundemuseum in Hamburg. Die Menschen probieren die Masken an und es ergeben sich Komplikationen.

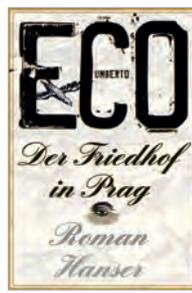
HOFFMANN UND CAMPE, 128 Seiten, 18,50 Euro



Marlene Streeruwitz
DIE SCHMERZMACHERIN

Leute werden verschleppt, verschwinden, werden eingesperrt oder gefoltert. Amy arbeitet für einen privaten Sicherheitsservice, sie kann die Korruption und Gewalt nur ahnen, die sich als Abgrund hinter den geheimen Operationen abzeichnet. Als sie beschließt auszustiegen, gerät sie endgültig in die Fänge einer undurchsichtigen, brutalen Organisation. Streeruwitz fragt nach dem Ort des Menschen in einer zunehmend privatisierten Öffentlichkeit.

FISCHER, 400 Seiten, 20,60 Euro



Umberto Eco
DER FRIEDHOF IN PRAG

Mönche und Freimaurer, Verschwörer, Fälscher und Verräter walten im Paris des 19. Jahrhunderts. Ein Abt stirbt zweimal, unbekannte Tote treiben im Pariser Abwasserkanal, und am Ende tauchen die gefälschten Protokolle der Weisen von Zion auf, die eine jüdische Weltverschwörung belegen sollen. Umberto Eco erzählt von einer Vergangenheit, in der wir unsere Gegenwart wiedererkennen können.

HANSER VERLAG, 528 Seiten, 26,- Euro

I. KING, MICHAEL R. and RIME, DAGFINN (2010), "The \$4 Trillion Question: What Explains FX Growth Since the 2007 Survey?" (December 1, 2010). BIS Quarterly Review, December 2010. Available at SSRN: <http://ssrn.com/abstract=1727410>

Finanztransaktionssteuer – ein steiniger Weg

Am 28. September stellte die Europäische Kommission (EK) einen Vorschlag für einen Gesetzesentwurf für die Einhebung einer EU-weiten Finanztransaktionssteuer (FTT) vor. Zwölf der EU-27-Länder heben bereits derzeit eine Finanztransaktionssteuer ein. Zahlreiche Ausnahmen sowie der Umstand, dass lediglich bestimmte Segmente des Marktes und in der Regel ausschließlich Spot-Transaktionen besteuert werden, führen jedoch dazu, dass – mit Ausnahme Großbritanniens – das Steueraufkommen sehr gering ist.

Der vorliegende Richtlinienvorschlag der EK stellt nun einen Meilenstein in der Harmonisierung einer EU-weiten FTT mit steuerlichen Mindestsätzen dar (0,01 % für Derivate, 0,1 % für Spot-Transaktionen). Das jährliche Steueraufkommen beträgt nach Schätzungen der EK etwa 57 Mrd. Euro. Zu erwähnen ist auch, dass mit dem Sitzlandprinzip Umgehungsmöglichkeiten weitgehend eingeschränkt sind: Eine Transaktion wird besteuert, sobald einer der beteiligten Händler seinen Sitz, seine permanente Adresse oder eine Niederlassung in einem EU-Land hat.

Für Irritation hat allerdings gesorgt, dass Spot-Devisentransaktionen nicht der Besteuerung unterliegen. Dies wird im Richtlinienvorschlag mit der Kapitalverkehrsfreiheit innerhalb der EU begründet. Ein am 9. September 2011 vorgelegter Deutsch-Französischer Vorschlag für eine FTT sieht demgegenüber keine Ausnahme für diese Art von Transaktionen vor.

Das Spot-Transaktionen beim Devisenhandel von der Steuer ausgenommen werden sollen, ist jedenfalls ökonomisch bedenklich. Das täglich gehandelte Volumen an Spot-Devisengeschäften betrug im Jahr 2010 etwa 1,5 Billionen Dollar. Dabei handelt es sich um immerhin ca. ein Drittel des gesamten täglichen Devisenhandelsvolumens von 4 Billionen Dollar. Gerade die Spot-Devisentransaktionen sind seit 2007 um beinahe 50 % gestiegen, sämtliche Devisentransaktionen

um 20 %, wobei der größte absolute Anstieg beim Handel in US-Dollar und Euro zu verzeichnen war.¹

Mit ein Grund für das steigende Transaktionsvolumen seit Krisenausbruch ist die wachsende Bedeutung des sogenannten Hochfrequenz-Handels – insbesondere beim Spot-Handel. Dabei handelt es sich um eine Sonderform des automatisierten oder algorithmischen Handels. Beim automatisierten Handel werden Kauf- und Verkaufsaufträge computergesteuert getätigt, beim Hochfrequenzhandel werden Wertpapiere in kurzem Abstand computergesteuert ge- und wieder verkauft, um kurzfristig Gewinne zu erzielen. Abgesehen davon, dass dies den Händlern (Monopol-)Renten sichert, wirken algorithmischer Handel und insbesondere Hochfrequenzhandel destabilisierend, weil sie Trends und Herdenverhalten verstärken und die langfristige Volatilität der Preise von Wertpapieren erhöhen. Es kommt zu erheblichen Abweichung der Preise an den Finanzmärkten von ihren fundamentalen Werten. Eine FTT wäre ein effektives Instrument über die Erhöhung der Transaktionskosten diesen Fehlentwicklungen entgegenzusteuern.

Ungeachtet dessen stellt der vorliegende EK-Vorschlag eine wichtige Basis für weitere Verhandlungen dar. Großbritannien hat aber bereits ein Veto gegen den FTT-Vorschlag angekündigt. Schweden spricht sich ebenso dagegen aus. Deutschland hat angekündigt, die FTT im Euroraum einführen zu wollen, falls keine EU-weite Einigung zustande kommt. Jedenfalls zeigt der Vorschlag der Europäischen Kommission, dass die beharrliche Forderung der Zivilgesellschaft, Finanzmärkte an den Kosten der Krise zu beteiligen, Wirkung zeigt. Besonders hervorzuheben ist auch die bisher in Abrede gestellte Einsicht der EK, dass eine FTT regulatorische Reforminitiativen sinnvoll ergänzen kann, um destabilisierende Spekulation einzuschränken. 

HELENE SCHUBERTH
arbeitet als Ökonomin in Wien..

